

**«Wir erleben eine nachhaltige Transformation des «deutschen Sozialmodells», die so richtig mit Rot-Grün begonnen hat und von der schwarz-gelben Regierung schlicht fortgeschrieben werden wird - doch zugleich wird sie dieser Transformation, so steht zu erwarten, eine nochmals neuartige Wendung, ein noch deutlicher «bürgerliches» Antlitz zu geben versuchen.»**

STEPHAN LESSENICH

WWW.ROSALUX.DE

# ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 1-2010



©Michael Kappeler/ddp

**THEMA** 100 TAGE SCHWARZ-GELB

## **POLITISCHER KLIMAWANDEL**

MIT GASTBEITRÄGEN VON GEORG FÜLBERTH, CORNELIA MÖHRING, STEPHAN LESSENICH, WOLF-DIETER NARR U.A.

**RÜCKBLICK** KONGRESS ZUR KREATIVWIRTSCHAFT

**ANALYSE** DAS SCHEITERN VON KOPENHAGEN

**STUDIENWERK** REISE ZU NS-VERNICHTUNGSLAGERN

**INTERNATIONALES** FISCHER GEGEN THYSSENKRUPP





EDITORIAL 3

RÜCKBLICK

Kongress «ÜberLeben in den Creative Industries» 4  
Tagung zum Frauenaufbruch von 1989 5  
Linke verabschieden «Brüsseler Perspektiven» 5  
Internationale Konferenz zur Metropole Istanbul 6  
Symposium zu Krisenauswirkungen in Afrika 6  
Antonio Negri fordert Sowjets für Banken 6

AUSBLICK

Zur Stiftungsinitiative «Neue Solidarität» 7  
Gesellschaftspolitische Foren starten 8  
Linke Medienakademie im März in Berlin 8

ANALYSE

Das Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz 9  
Energiepolitische Diskussion auf Gegengipfel 11

THEMA «100 TAGE SCHWARZ-GELB»

POLITISCHER KLIMAWANDEL

G. Fülberth: Streichen nach Masterplan 12  
L. Brangsch: Zurück zu Zuckerbrot und Peitsche 14  
A. Spieler zur Armutfrage – Gespräch 15  
A. Krumrey/F. Burschel: Extrem daneben 18  
C. Möhring: Frauen zuerst betroffen 18  
L. Brangsch: Teure Gesundheit 19  
S. Staack/T. Schulze: Bildung wird Privatsache 20  
W.-D. Narr: Schrecken der Leere 21  
S. Lessenich: Kulturkämpferische Begleitmusik 22

STUDIENWERK

Bildungsreise zu NS-Vernichtungslagern in Polen 24  
Soziale Netzwerke von Erwerbslosen – Gespräch 25

INTERNATIONALES

Brasilianische Fischer kämpfen gegen Stahlwerk 26  
Erstmals Frau an Indigena-Spitze – Gespräch 27  
Luxemburg-Seminar am MST-Bildungszentrum 28

STIFTUNGSVERBUND

Stiftung in Sachsen-Anhalt kooperiert mit Unis 29  
Mitgliederversammlung nimmt 14 Neue auf 29

LESENSWERT

Neuerscheinungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung 30

IMPRESSUM

ROSALUX — Das Journal Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Erscheint vierteljährlich. Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. · Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin · Telefon 030 44310-130, Telefax -122 · heine@rosalux.de www.rosalux.de · Redaktion: Harry Adler, Moritz Blanke, Lutz Brangsch, Erwin Heil, Henning Heine (V.i.S.d.P.), Ramona Hering, Axel Krumrey, Ann-Katrin Leubhn, Sabine Nuss, Peter Ostholt, Marion Schüttrumpf, Verona Wunderlich · Redaktionsschluss: 5. Februar 2010  
Corporate Design/Layout/Satz: umbra-dor – visuelle kommunikation · Gesamtherstellung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung · Auflage: 5.000 Stück auf 100 g Soporset, hergestellt aus 100% chlorfrei gebleichtem Zellstoff · Bestellungen: Karin Malingriau, Telefon 03044310-123, Fax -122 · malingriau@rosalux.de · Printed in Germany, Februar 2010 · ISSN 1864-6794

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

die ersten 100 Tage der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP waren geprägt vom Gezänk der Koalitionäre über Steuersenkungen und dem Skandal um das todbringende Bombardement bei Kundus in Afghanistan. «Fehlstart» und «Durcheinander» – so wurde der Arbeitsauftritt des konservativ-marktliberalen Bündnisses wohl am häufigsten genannt.

Freilich kristallisiert sich nach einem Vierteljahr auch heraus, wohin die Reise mit Schwarz-Gelb gehen wird. Der politische Klimawandel, spätestens seit 2003 und der Agenda-Politik von SPD und Bündnis90/Die Grünen im Gange, unter der Großen Koalition teils verstärkt, teils ein wenig verlangsamt, dürfte sich unter Kanzlerin Merkel und ihrem Vize Westerwelle weiter beschleunigen. Seine Kennzeichen sind anhaltender Sozialabbau, wobei die Gesundheitspolitik ein besonderes Auseinandersetzungsfeld werden wird, die fortgesetzte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben sowie verstärkte Repression im Inneren und Krieg nach außen.

Der Themenschwerpunkt dieses Heftes, für den die Rosa-Luxemburg-Stiftung renommierte Gastautorinnen und -autoren gewinnen konnte, veranschaulicht die Konsequenzen des Machtwechsels vom Oktober. Georg Fülberth etwa verweist darauf, dass der einsetzende Sparkurs zuerst und erheblich die Kommunen treffen wird. Alfred Spieler prangert das fehlende Engagement im Kampf gegen die Armut an, Cornelia Möhring macht die Gleichstellung von Mann und Frau als ein erstes Opfer der Regierungsarbeit aus. Wolf-Dieter Narr konstatiert Nichtstun bei den drängenden Problemen – Stephan Lessenich zeigt, dass die Regierungspolitik vom Kulturkampf gegen die unteren Schichten begleitet ist.

Die Reaktionen der parlamentarischen Opposition und einer breit verstandenen gesellschaftlichen Linken auf die Mischung aus medialem Fehlstart und Verschärfung einer antisozialen Politik sind freilich verhaltenener und uneinheitlicher als es erforderlich und wünschenswert wäre. Einerseits signalisieren Umfragen, dass die Mehrheit der schwarz-gelben Koalition von kurzer Dauer sein könnte, andererseits äußern sich



Heinz Vietze © RLS

Florian Weis © RLS

befragte Bürgerinnen und Bürger auch vom Auftreten der parlamentarischen Opposition enttäuscht. Sozialer Protest bleibt zumeist punktuell begrenzt. Die Berichterstattung über die Partei DIE LINKE konzentrierte sich zuletzt zudem auf interne Konflikte und Personalfragen.

Neben dem Schwerpunkt zu Schwarz-Gelb bietet die «RosaLux» eine Analyse des gescheiterten Klimagipfels von Kopenhagen sowie Rückblicke auf unser vielfältiges Konferenzprogramm im letzten Quartal des vergangenen Jahres zu Themen wie Weltwirtschaftskrise, Kreativindustrie und Frauenaufbruch von 1989. Zudem gibt es Ausblicke auf Veranstaltungen zur Neuen Solidarität und die Gesellschaftspolitischen Foren sowie Berichte von einer Studienreise zu den Gedenkstätten an die NS-Vernichtungslager im Osten Polens und über den Kampf brasilianischer Fischer gegen den Bau eines Stahlwerks durch einen deutschen Konzern.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung als parteinahe politische Stiftung fühlt sich sowohl einer breiten gesellschaftlichen Linken als auch in besonderem Maße der Partei DIE LINKE verbunden. Tages- und Organisationspolitik kann und will sie nicht betreiben. Sie konzentriert sich in diesem Jahr auf drei Themenkomplexe. Zum einen will sie die vielfältig verflochtenen Krisen weiter beobachten und deuten sowie daraus verstärkt alternative Szenarien und Konzepte ableiten und zur Diskussion stellen. Zum zweiten plant die Stiftung, die programmatische Debatte der Partei DIE LINKE zu begleiten und dabei Standpunkte aus anderen Spektren der gesellschaftlichen Linken, aber auch darüber hinaus einzubringen – die «Gesellschaftspolitischen Foren» sind ein Beitrag dazu. Schließlich widmen sich die Veranstaltungsreihe «RLS on Green Tour» sowie jeweils eine internationale Tagung zu Fragen der Energiepolitik und zum Auto dem Komplex von Nachhaltigkeit und sozial-ökologischem Umbau. Sie sollen der Analyse eines zentralen Krisenelements dienen und alternative Pfade zur Krisenüberwindung aufzeigen.

Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine abwechslungsreiche Lektüre und viele Erkenntnisse.

HEINZ VIETZE IST VORSTANDSVORSITZENDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG  
FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG





Baktruppen aus Norwegen zeigten im Berliner Prater ihre Tanzchoreografien © Anne Steckner

HENNING HEINE

## THESEN, TÄNZER UND TOMATEN

INTERNATIONALER KONGRESS LOTET LAGE IN DER KREATIVBRANCHE AUS

**Captain Nofuture will mehr Geld – und zwar sofort. Sein Publikum hat der Mann auf der Foyerbühne des Berliner Praters schon auf seiner Seite. Allein der Projektleiter sträubt sich, das Honorar für den Künstler an Ort und Stelle anzuheben. Klar, Prekarität und schlechte Arbeitsbedingungen in der Kreativbranche seien zwar das Thema des zweitägigen Kongresses. Andererseits: Das Budget habe halt Grenzen, und überhaupt – Einzellösungen bringen doch nichts.**

Mit Sachzwanglogik ist Captain Nofuture freilich nicht beizukommen. Große Reden schwingen über Ausbeutung und dann knausern – nee, nicht mit ihm. Nicht umsonst hat er sein Programm «Intervention in den prekären Alltag» genannt. Wollen wir doch mal sehen, wie lange sich der Projektleiter noch ziert. Der Captain zieht das goldfarbene Trikot traff, fingert eine Plastiktüte und einen Pappbehälter aus seiner Umhängetasche und beginnt, Tomaten und rohe Eier an das Publikum zu verteilen.

Es ist kurz vor Mitternacht. Mehrere BesucherInnen, von einer bereits beendeten Aufführung des Medienkollektivs Sender Freies Neukölln auf der Hinterbühne des Theaters kommend, mischen sich unter das Foyer-Publikum. Eigentlich sind sie schon auf dem Heimweg nach einem langen Tag mit dichtem Programm im ganzen Haus. Unter dem Motto «ÜberLeben in den Creative Industries – Lust und Last des Informellen» haben renommierte AkademikerInnen wie die Kommu-

nikationswissenschaftlerin Angela McRobbie aus London und der kanadische Geografieprofessor Jamie Peck ihre Analysen zur Kreativwirtschaft vorgestellt. Die Tänzer der norwegischen Kompanie Baktruppen präsentierten ungewöhnliche Choreografien, das Prekären-Netzwerk Nine2Five befragte die TeilnehmerInnen zu Glück, Stress und Lohn in ihren Jobs, eine Diskussionsrunde lotete die Untiefen von Urheber- und Verwertungsrechten aus. Am nächsten Tag wird es weiter Schlag auf Schlag gehen mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Workshops, Lesungen und Performances – bis hin zum fulminanten Ausklang, einem Doppelkonzert des NuJazz-Duos Ofrin und der Bolschewistischen Kurkapelle Schwarz-Rot.

Zuvor aber will Captain Nofuture noch zum Abschluss kommen. Hin und her geht der Disput um die Gage, ein Teil der Menge ist bereit zum kollektiven Tomaten-und-Eier-Wurf, Prater-Personal und einzelne Konferenzorganisatoren fürchten schon um die Unversehrtheit des Interieurs. Doch die RLS lenkt schließlich ein: Eine kleine Tarifierhöhung gegen Verzicht auf Attacken mit Lebensmitteln. Der Captain lässt das Publikum entscheiden, die Mehrheit ist dafür – und bejubelt die Einigung.

Konferenztrailer und ausführliche Dokumentation unter [WWW.ROSALUX.DE/CMS/INDEX.PHP?ID=19825](http://WWW.ROSALUX.DE/CMS/INDEX.PHP?ID=19825)

**HENNING HEINE IST FÜR MEDIENARBEIT UND KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ZUSTÄNDIG**

EVA SCHÄFER

## AMBIVALENTES ERBE

TAGUNG ERINNERTE AN DEN «FRAUENAUFBRUCH '89»

**Im Dezember 1989 kamen nach einem spontanen Aufruf rund 1.200 Frauen aus der DDR im großen Theatersaal der Berliner Volksbühne zusammen. Frauen aus nichtstaatlichen Frauen- und Lesbengruppen sowie kirchlichen Netzwerken, kritische Wissenschaftlerinnen und Reformerrinnen aus der SED traten aus verborgenen und voneinander getrennten Gruppen und Zirkeln heraus und diskutierten erstmals gemeinsam über den Zustand und die Zukunft ihres Landes. Die patriarchale Grundstruktur der alten Ordnungen schien erschütterbar.**

Das Treffen und die Gründung eines Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) kann als die Geburtsstunde einer erstmals offen agierenden, autonomen Frauenbewegung in der DDR bezeichnet werden. Eine Tagung der Rosa Luxemburg Stiftung gemeinsam mit Paula Panke und Helle Panke am 6. Dezember 2009 im Roten Salon der Volksbühne ließ das historische Ereignis des «Frauenaufbruchs '89» für 150 Teilnehmerinnen wieder aufleben. Etwa in den Erzählungen von Walfriede Schmitt, damals SchauspielerIn an der Volksbühne, die seinerzeit ihrem Intendanten den großen Theatersaal abgerungen hatte – begleitet von dessen gönnerhafter Geste: «Naja Walfriede, wenn du meinst, dass du den Saal vollkriegst.»

Das historisch Besondere der DDR-Frauenbewegung jener Zeit war der im Vergleich zu anderen Ostblockländern einmalige soziale Zusammenschluss von Frauen, wie Irene Dölling herausarbeitete. Mit

großem intellektuellen Potenzial und enormer politischer Wirksamkeit habe sie Einfluss auf die demokratische und geschlechtergerechte Erneuerung in jenen Umbruchzeiten genommen – produzierte allerdings ein ambivalentes Erbe. So gerät der tendenziell bis heute nachwirkende Emanzipationsvorsprung ostdeutscher Frauen, ihre selbstverständliche Erwerbsarbeitsorientierung als «weibliches Humankapital» unter den Zugriff marktliberaler Effizienzlogik. Neue Grenzziehungen zwischen sozial herabgewürdigten Hartz-IV-Empfängern und so genannten Leistungsträgern definieren das soziale Oben-Unten-Schema neu. Es sei ratsam, so Dölling, sich des uneingelösten Erbes der ostdeutschen Frauenbewegung zu vergewissern, die stets eine gesamtgesellschaftliche Herangehensweise im Sinn hatte und wenig übrig für partikuläre Frauenpolitik. Von ihr ist zu lernen, die soziale und die Geschlechterfrage wieder stärker zu verknüpfen. Der Frauenaufbruch '89 mag vergangen sein. Aber, so Christina Thürmer-Rohr resümierend: Alle politischen Bewegungen haben «den Wert eines Beispiels». Sie können den Mythos widerlegen, dass man nichts gegen eine herrschende Politik machen könne, sie können «beweisen, dass etwas Neues existieren kann». Die Beiträge und Diskussionen werden in einer Tagungsdokumentation veröffentlicht. Impressionen gibt es im Internet unter [WWW.ROSALUX.DE/CMS/INDEX.PHP?ID=19997](http://WWW.ROSALUX.DE/CMS/INDEX.PHP?ID=19997).

**EVA SCHÄFER IST REFERENTIN FÜR GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

BIRGIT DAIBER

## 200 MILLIARDEN FÜR DEN SÜDEN

LINKE AUS ALLER WELT DISKUTIEREN IN BRÜSSEL ÜBER DIE WELTKRISE

**Mehrere Dutzend linke Intellektuelle und Aktivisten aus der ganzen Welt haben Ende Oktober in Brüssel über Alternativen zur Weltkrise diskutiert. Mehr als 50 TeilnehmerInnen aus Nord- und Lateinamerika, aus Ost- und Westeuropa, aus dem Maghreb und dem sub-saharischen Afrika, aus Indien und China waren zu einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des Weltforums für Alternativen und des Transnational Institut in die belgische Hauptstadt gekommen.**

Ziel war es, die Ursachen der Krise offenzulegen und Strategien zu ihrer Bewältigung zu diskutieren. Im Zentrum standen fünf Dimensionen der Krise: die notwendige Veränderung der internationalen Wirtschaftsordnung, Ernährungssouveränität und Agrarentwicklung, die Rolle des Staates und der sozialen Bewegungen in der Politik der Transformation, die ökologische Frage sowie die Vorstellungen für eine Welt jenseits der Krise. Die TeilnehmerInnen hatten zuvor Thesen und Hintergrundpapiere eingereicht, aus denen eine Synopse erarbeitet wurde. Sie diente als Grundlage der Diskussion und war der Versuch, eine gemeinsame Debatte zu ermöglichen. Als Ergebnis wurde ein Aufruf unter dem Titel «Brüsseler Perspektiven» beschlossen. Er wendet sich an alle linken Kräfte, gemeinsam gegen die Zerstörung der menschlichen und natürlichen Ressourcen durch den Krisenkapi-

talismus zu kämpfen. Es gab auch kurzfristige Forderungen. Dazu zählt ein jährlicher Transfer von 150 bis 200 Milliarden Dollar vom Norden in den Süden, um die Weltwirtschaft vor chaotischen Entwicklungen zu bewahren und um humanitäre Katastrophen zu vermeiden. Er muss mit einer Finanzarchitektur verbunden werden, die einen neuen Typ regionaler Banken schafft und regionale Souveränität über Nahrungsmittel, Energie, Gesundheitsversorgung, Wissenschaft garantiert. Auch Moratorien für Auslandsschulden, das Verbot spekulativer Geschäfte insbesondere auf dem Nahrungsmittelmarkt sowie effiziente und transparente Kontrollmechanismen für das Kapital wurden gefordert. Die Tobin-Steuer wurde als ein Schritt in diese Richtung angesehen.

Der Brüsseler Konferenz wird eine Serie von Aktivitäten der drei Veranstalter folgen. Sie wollen sich einerseits der Entwicklung zukunftsweisender transformatorischer Projekte widmen, andererseits an Projekten einer «Open Global University» und der globalen alternativen Vernetzung arbeiten. Das Weltforum für Alternativen wird sein Augenmerk vor allem auf die Entwicklung und Propagierung einer universellen Charta der gemeinschaftlichen Güter der Menschheit richten. Die «Brüsseler Perspektiven» finden sich in zehn Weltsprachen im Internet unter [WWW.ROSALUX.DE/CMS/INDEX.PHP?ID=20291](http://WWW.ROSALUX.DE/CMS/INDEX.PHP?ID=20291).

**BIRGIT DAIBER LEITET DAS BRÜSSELER BÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**



ANNE STECKNER

# STÄTTE DER ZUFLUCHT

BERLINER KONFERENZ ERKUNDET DIE METROPOLE ISTANBUL

**In Istanbul schlägt das Herz der Türkei, heißt es. Kaum eine andere Metropole hat ihre Besucherzahlen in den letzten Jahren so gesteigert wie die Zwölf-Millionen-Stadt am Goldenen Horn. Die Mega-City ist zur wirtschaftlich dynamischsten Metropole Europas geworden. Reiselustige schwärmen von der Kunst- und Musikszene, dem quirligen Nachtleben. Istanbul ist trendy.**

Und hat Konjunktur. Vergangenes Jahr wurde in Berlin das 20-jährige Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Istanbul gefeiert. Eine internationale Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit dem Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung und Zweihelmisch e. V. an der Freien Universität mit Gästen aus Berlin, Istanbul, Ankara und Toulouse schlug im Dezember die Brücke in dieses Jahr: 2010 wird sich Istanbul zusammen mit Essen als Europäische Kulturhauptstadt präsentieren. Im Juli ist die Stadt zudem Austragungsort des Europäischen Sozialforums.

Die Konferenz bildete zugleich den vorläufigen Abschluss einer Türkei-Schwerpunktreihe der RLS. An der Freien Universität wurde ein genauer Blick auf die Bosphorus-Metropole geworfen: von Berlin aus, von Istanbul aus. Die Erkundung des Terrains umfasste stadtsoziologische, künstlerische und kulturhistorische Perspektiven aus dem urbanen Raum. WissenschaftlerInnen, AktivistInnen, MusikerInnen und

Kulturschaffende gewährten Einblick hinter die Kulissen der Hochglanzmetropole. Denn jenseits der glitzernden Einkaufszentren, der angesagten Cafés, Bars und Clubs und der bunten künstlerischen Melange gibt es noch ein ganz anderes Istanbul – das der Menschen, die alltäglich in dem riesigen Ballungsraum leben und überleben müssen. Fragen zu Wohnraum, öffentlicher Infrastruktur und Teilhabe an der städtischen Entwicklung stehen neben Themen wie prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen, räumliche Segregation und soziale Exklusion. Die politischen Auseinandersetzungen darum, wie und in was für einer Stadt man leben will, prägen Istanbul ebenso wie Berlin. Denn, so zeigte sich, Istanbul ist weder das klischeebeladene «Tor zum Orient» noch ein verwestlichter Moloch, sondern eine moderne Stadt: Stätte der Zuflucht, ökonomisches Ballungsgebiet, Feld künstlerischen Schaffens und Ort mit besonderer politischer Dynamik. Hier wie dort können Akteure voneinander lernen. Als besonders gelungen wurde der Ansatz bewertet, die Perspektiven von Kunst, Politik und Wissenschaft vielfältig miteinander zu verknüpfen. Bilder, Videos und Textbeiträge finden sich unter [WWW.ROSALUX.DE/ISTANBUL2010](http://WWW.ROSALUX.DE/ISTANBUL2010).

**ANNE STECKNER IST FREIE TRAINERIN UND BILDUNGSREFERENTIN. SIE WAR IN ELTERNZEITVERTRETUNG BIS JANUAR 2010 REFERENTIN FÜR INTERNATIONALE POLITIK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

## AFRIKA IN DER KRISE

Ende November fand in Johannesburg die Konferenz «Die globale Krise und Afrika – Suche nach Alternativen» des Auslandsbüros Südliches Afrika statt. Rund 100 TeilnehmerInnen aus Afrika, Europa und Lateinamerika diskutierten Wege aus der Wirtschafts- und Finanzkrise. Ein Schwerpunkt der Diskussion war die Rolle eines radikal geänderten Finanzsystems. Pedro Paez, ehemaliger Finanzminister Ecuadors, wusste viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft und NGOs sowie politische AktivistInnen mit seinen Erfahrungen hinsichtlich der Bildung der lateinamerikanischen «Bank des Südens» zu überzeugen. Neben einem neuen Finanzsystem spielte die Ökologie eine große Rolle auf der Konferenz. Die Idee eines Ökosozialismus propagierte maßgeblich Pritam Singh, Dozent an der Oxford Brookes University. Die Diskussionen wurden ausnahmslos pragmatisch und offen, wenn auch in vielen Punkten kontrovers geführt. Dabei stellte sich heraus, dass die Ideen für eine andere, eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise von schlüssigen Konzepten weit entfernt sind. Um sich über die Konferenz hinweg weiter auszutauschen, wurde am letzten Tag in Gruppen die weitere Vorgehensweise diskutiert. Einig war man sich, dass man sich stärker vernetzen und inhaltlich austauschen müsse.

**DOKUMENTIERT** Zwanzig Jahre nach Amtsantritt der Regierung Modrow im Jahr 1989 wurden an historischem Ort die damaligen Positionen und Prozesse von ZeitzeugInnen, HistorikerInnen und PolitikerInnen bewertet und gewürdigt. Mehr dazu im Internet unter [WWW.ROSALUX.DE/20J-MODROW-REGIERUNG](http://WWW.ROSALUX.DE/20J-MODROW-REGIERUNG). Am 4. November 1989 vereinigten sich auf dem Berliner Alexanderplatz Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und forderten eine Demokratisierung der DDR. Rosa-Luxemburg-Stiftung und Linksfraktion im Bundestag erinnerten an den historischen Tag mit einer Rekonstruktion der Ereignisse unter dem Titel «Eines langen Tages Reise» ([WWW.ROSALUX.DE/LANGEN-TAGES-REISE](http://WWW.ROSALUX.DE/LANGEN-TAGES-REISE)).

## NEGRI FÜR SOWJETS

«Es gibt nur eine Kasse, die Schlange windet sich um zwei Ecken, und noch strömen Leute herein. Gut, das hätte man wissen können. Wenn Negri kommt, ist der Andrang immer groß.» So berichtete eine Wochenzeitung aus der Prater-Volksbühne in Berlin. Antonio Negri, führender Theoretiker der italienischen Linken, war am 21. November zur Marx-Herbstschule eingeladen. Vor knapp 400 BesucherInnen im Saal sprach er über den Bruch mit der traditionellen Kapitalismuskritik in den 1960er-Jahren in Italien und Frankreich sowie darüber, wie das Gespenst eines kritischen und nie zu vollendenden Marxismus zurückkehrte. Dutzende Gäste standen oder saßen zudem im Foyer und lauschten per Kopfhörer der Simultanübersetzung. Negri bezeichnete den Operaismus als Versuch, die italienische Arbeiterbewegung radikal zu erneuern. Das Ziel sei es gewesen, eine geeignete politische Organisationsform zu finden, um sich die Produktion anzueignen. Dabei sollte der bürgerliche Staat durch Formen der Selbstverwaltung ersetzt werden. Negri sprach auch über die aktuelle Wirtschaftskrise: Er forderte «Sowjets der Banken» um das Finanzkapital zu kontrollieren und ein gesellschaftliches Mitspracherecht bei der Produktion von Reichtum zu erhalten. Der vollständige Vortrag steht als Video-Datei im Netz unter [WWW.ROSALUX.DE/NEGRI](http://WWW.ROSALUX.DE/NEGRI).



Plakat mit Solidaritätsaufruf für Vietnam aus DDR-Zeiten © Sammlung Brangsch

EFFI BÖHLKE

# ALTE FRAGE – NEU GESTELLT

INITIATIVE ERFORSCHT GRUNDLAGEN VON SOLIDARITÄT HEUTE

**Blicke ich zurück, so hat mich das Thema Solidarität mein Leben lang begleitet: Von den «Soli-Basaren» in der Franz-Mett-Oberschule in Berlin-Mitte, wo ich für die Kinder in Vietnam meine schönsten Bücher spendete, den Solidaritätsaktionen für die in den USA eingekerkerte Angela Davis – der ich eines Tages, nach ihrer Freilassung, im Friedrichstadtpalast einen großen Blumenstrauß überreichte – bis hin zur Solidarität mit Louis Corvalan und all den anderen Chilenen, die nach dem Putsch vom 11. September 1973 schwersten Verfolgungen ausgesetzt waren.**

Solidarität, im praktischen Wortsinne, ist insofern nichts Neues für mich. Derzeit arbeite ich, nunmehr politische Philosophin, wieder zum Thema: bei der «Initiative für Neue Solidarität und eine gerechte Gesellschaft» der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die im vergangenen Jahr ins Leben gerufen wurde.

Die alte Leninsche Frage «Was tun?» wird aufzuwerfen sein: Wer, was, für wen, mit wem? Sie gilt es, in Bezug auf unterschiedliche Felder des sozialen Lebens – das ökonomische, politische und geistig-kulturelle – und auf nationaler, europäischer und globaler Ebene zu beantworten. Ausgangspunkt sind die praktisch-politischen Konstellationen der Gegenwart und die Auswirkungen der neoliberalen Politik der vergangenen Jahrzehnte auf das Leben immer größerer Gruppen von Menschen, sowohl in Deutschland als auch Europa und weltweit – wie zunehmende Existenzunsicherheit, Prekarisierung, Arbeitslosigkeit,

wachsende Armut mit ihren Begleiterscheinungen wie Hunger und Obdachlosigkeit sowie so genannte «Bildungsferne».

Zugleich sollte mit Analysen, bei Veranstaltungen und in Publikationen danach geforscht werden, was das «Neue» an solidarischer Theorie und Praxis unter den heutigen Bedingungen sein könnte und müsste. Der Maßstab ist die Idee der Solidarität, wie sie von AutorInnen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts entwickelt und praktiziert wurde. Gegenwärtig untersuche ich den französischen Solidaritätsdiskurs sowie die Art und Weise, wie im deutschen linken Spektrum jener Zeit über Solidarität gedacht, gesprochen, und wie sie gelebt wurde.

Dabei frappiert mich insbesondere, wie es Clara Zetkin vermochte, zwei Ebenen zu verbinden, die oftmals gar nicht in Zusammenhang gebracht werden: die Solidarität zwischen proletarischen Männern und Frauen, ihr zufolge unerlässliche Bedingung für die Emanzipation der Arbeiterinnen, und die internationale Solidarität, die für sie den «Kreuzzug wider den Krieg» implizierte. Eine «alte» Kombination, auf die heute durchaus zurückgegriffen werden kann. Eine erste Veranstaltung der Initiative ist für den 17. April 2010 in Zusammenarbeit mit der Humanistischen Akademie in Berlin geplant. Titel: «Solidarität – mehr als säkulare Nächstenliebe».

**EFFI BÖHLKE IST MITARBEITERIN AM INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**



AXEL KRUMREY

# LINKE IDEENSCHMIEDEN

AUF FOREN SOLL ES UM PROGRAMMATIK UND KÜNFTIGE BÜNDNISSE GEHEN

**Die Wiederbelebung des Bildungsformates der Gesellschaftspolitischen Foren durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung in diesem Jahr könnte wegweisend für die Zukunft sein und somit progressive Wirkung haben. Bereits in den Jahren 2005 und 2006 nutzte die Stiftung diese Form.**

Seinerzeit waren die Foren ausgerichtet auf den Entstehungsprozess der Linkspartei, der entlang thematischer Fragen begleitet wurde. Auch linke Akteure verschiedener Strömungen und kultureller Sozialisation sollten zusammengebracht werden. In die Gemeinschaftsprojekte des Stiftungsverbands waren KooperationspartnerInnen wie die Zeitschrift Sozialismus und der Verein WISSENTransfer eingebunden. Mit dem Ziel, einen möglichst großen Diskursraum für bislang unge löste gesamtgesellschaftliche Fragen zu schaffen, soll an die Form der Debatte nun angeknüpft werden. Wiederum in enger Kooperation mit den Landesstrukturen soll es in den Jahren 2010 und 2011 darum gehen, die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus als Herausforderung für die Linke aufzugreifen und entscheidende Bereiche der politischen, theoretischen und bildungspolitischen Felder neu zu positionieren. Auch diesmal ist die Einbeziehung und Stärkung ehrenamtlicher Strukturen im Umfeld der Stiftung, insbesondere der Gesprächskreise, ein wichtiger Eckstein der Vorhaben. In Anlehnung an die Schwerpunktthemen wie «Krise(n) und Alternativen» und «Nachhaltigkeit und sozialökologischer Umbau» will die Stiftung auch einen Beitrag zur programmatischen Debatte unter den Linken leisten. Gemeinsam mit

einem breiten Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen sollen Grundfragen gesellschaftlicher Bündnisse mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken Kräften in Kultur und Wissenschaft diskutiert werden. Es geht um Themen, bei denen für die gesellschaftliche Linke eine mittelfristige Chance auf Hegemoniefähigkeit besteht. Gleichzeitig sollen zentrale Eck- und Streitpunkte wie das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit behandelt werden. Als Auftaktveranstaltung ist die Konferenz «DIE LINKE. Erbe und Tradition. Zum historischen Selbstverständnis» am 19. und 20. Februar 2010 in Leipzig konzipiert. Für die Monate Mai und Juni sind zwei weitere Foren vorgesehen. In Erfurt sollen Möglichkeiten und Grenzen utopischer Vorstellungen im politischen Raum thematisiert werden. In Berlin wird es um Transformationsprozesse in der Gesellschaft und Überlegungen zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts gehen. Die Foren werden sich auch wirtschaftspolitischen Fragestellungen widmen. Diskussionen in Nürnberg/Fürth und Hamburg zu alternativen Wirtschaftsordnungen sollen dabei genau so von Belang sein wie der Austausch zu konkreten Möglichkeiten der ArbeitnehmerInnenbeteiligung oder Arbeitszeitdebatten. Weitere Foren sollen unter anderem in Potsdam und Stuttgart organisiert werden. Inhaltlich könnten die Foren auch in die Frage münden, ob der Begriff «Sozialismus» eine zentrale Klammer linker Programmatik sein kann.

**AXEL KRUMREY IST ASSISTENT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

BERND HÜTTNER

# PRINT UND PODCAST

LINKE MEDIENAKADEMIE IM MÄRZ IN BERLIN BIETET MEHR ALS 100 KURSE

**Die Linke Medienakademie (LiMA) hat sich zum Treff linker und alternativer MedienmacherInnen entwickelt. Vom 10. bis 14. März 2010 findet sie unter dem Motto «Zeichen setzen» zum siebten Mal statt – dieses Mal auf dem Campus Wilhelminenhof der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin.**

Die Akademie versteht sich als Ort für AkteurInnen der gesellschaftlichen Mehrheit links der CDU. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Förderung von Medienkompetenz als wichtiger Grundlage selbständigen und kritischen politischen Handelns sowie die Vermittlung neuer und Vertiefung vorhandener Kompetenzen in der Medienproduktion.

Die LiMA bietet in diesem Jahr mehr als 100 Kurse und Workshops für Anfänger, Fortgeschrittene und ExpertInnen – etwa zu Typografie, Schreiben, Zeitungsdesign, Fotografie und Bildbearbeitung, Öffentlichkeitsarbeit, CMS-Redaktionssystemen und Videoaktivismus. Querschnittsthemen sind Migration, Rechtsextremismus und Genderpolitik. In der «LiMA-Arena» wird es Debatten, Lesungen und Ausstellungen geben, MedienmacherInnen wollen im «Schaufenster» ihre Projekte und Initiativen präsentieren. Der «Campus» richtet sich mit Seminaren an Jugendliche und Studierende. Die Fachstränge der LiMA widmen sich dem Internet und den neuen Möglichkeiten des

Web 2.0., zeigen Wege zu Recherchequellen und skizzieren Qualitätskriterien für haupt- und ehrenamtliche Journalisten. Besuche in Archiven und Redaktionen geben einen Einblick in die Realität der Medien. Mit Aktiven aus dem Bundesverband freier Radios wird es Workshops zu TV, Radio und Podcasts geben. Mit dem «Union Camp» öffnet sich die LiMA für gewerkschaftliche AkteurInnen. Betriebszeitungen und Öffentlichkeitsarbeit für Betriebsräte sollen somit stärker Bestandteil der Akademie werden. Ein weiterer Themenstrang beschäftigt sich mit Zeit- und Projektmanagement sowie dem Fundraising für haupt- und ehrenamtliche Medienprojekte.

Unter dem Titel »Netze knüpfen« waren Debatte, Networking und Weiterbildung schon bei der LiMA 2009 zum Kongresskonzept verwoben worden. Die Tageszeitung »taz«, wie Neues Deutschland und Freitag auch in diesem Jahr Medienpartnerin der LiMA, konstatierte eine «ungewöhnliche Campusatmosphäre» und merkte positiv an: «Frontalunterricht hält niemand, vielmehr wird an praktischen Beispielen diskutiert». Mehr Informationen zur LiMA 2010 gibt es im Internet unter [WWW.LINKE-MEDIENAKADEMIE.DE](http://WWW.LINKE-MEDIENAKADEMIE.DE) sowie [TWITTER.COM/LI\\_MA](https://twitter.com/LI_MA).

**BERND HÜTTNER LEITET DAS REGIONALBÜRO BREMEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**



Polizist und Protestierende beim Weltklimagipfel in Kopenhagen © Fiona.kb, flickr (CC)

SABINE NUSS

# KNÜPPEL STATT KLIMARETTUNG

POLIZEI DRANGSALIERT DEMONSTRANTINNEN GEGEN KOPENHAGENER UN-KONFERENZ

**Kopenhagen ist grandios gescheitert. Mal wieder sollen «die Chinesen» schuld sein, wahlweise auch die USA, oder alle auf einmal: Dann sind es der fehlende «politische Wille» der Staatenlenker oder «nationale Egoismen», mitunter wird die Anthropologie bemüht («der Mensch lernt nicht») oder die schiere Anzahl der vertretenen Staaten als Ursache angeführt. All das kann aber nicht erklären, wieso sich 193 Staatenvertreter nicht darauf einigen wollen, bei der Produktion ihrer Güter weniger Kohlendioxid auszustößen.**

Das Ziel von Kopenhagen war: Die Erdtemperatur darf nicht mehr als zwei Grad über das Niveau der vorindustriellen Zeit steigen. Das angestrebte neue Abkommen, gültig ab 2013, sollte deutlich über das alte Kyoto-Protokoll hinausgehen. Darin hatten sich die Industriestaaten verpflichtet, etwa fünf Prozent weniger Treibhausgas gegenüber 1990 in die Luft zu pusten. Der globale Kohlendioxidausstoß freilich wächst mit zunehmendem Tempo – von jährlich knapp 1,5 Prozent in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre auf mehr als drei Prozent seit dem Jahr 2000. Die Emissionsentwicklung bewegt sich damit auf dem Pfad des »worst case«-Szenarios des UN-Klimarats IPCC – und der Klimawandel schreitet schneller voran als bisher angenommen. Mit dramatischen Folgen: Abschmelzen der Polkappen, Steigen des Meeresspiegels, Dürren, Unwetter, Hungersnöte, Flüchtlingsströme, Kriege. Die Kopenhagener Verhandlungen steckten voller Zündstoff. Für einen

Stopp des Temperaturanstiegs hätten sich die Industrieländer verpflichten müssen, ihre Emissionen drastischer zu reduzieren. Auch die Entwicklungs- und Schwellenländer waren dieses Mal in der Pflicht. Im Gegenzug sollten die reichen Länder Milliardenhilfen für Anpassungsmaßnahmen gewähren. Doch weder die USA noch China, die weltweit größten Emittenten, wollten bei Zusagen für Minderungsziele den ersten Schritt machen. Die EU als drittgrößter Emittent lehnte einen Alleingang – die Zusage von 30 Prozent Reduktion – ab. Die Entwicklungsländer wiederum verlangten erst mal Finanzausgaben, die Industrieländer konnten sich indes nicht einigen, wer wann und wie viel Geld überweist. Schnell kamen die Verhandlungen ins Stocken.

Die so genannte Zivilgesellschaft setzte alles und vor allem sich selbst in Bewegung, um die als «Leader» angerufenen Staatenvertreter zum Handeln zu bewegen. Über 100.000 Menschen demonstrierten zum Ende der ersten Konferenzwoche. Buntscheckig, als Eis- oder Pandabären verkleidet und in blaue Plastikplanen (Wasserflut!) gehüllt, selbst gebastelte Erdkugeln balancierend und mit dem Slogan «Act Now!» (Handelt jetzt!) liefen sie zum Kongressgebäude, dem «Bella Center». Der Gipfel selbst zählte über 45.000 TeilnehmerInnen – StaatenvertreterInnen, LobbyistInnen, Presseleute. Nichtregierungsorganisationen wie der BUND waren genauso zugegen wie Unternehmensverbände. Deren Beobachterstatus wird gerne als Ausweis der demokratischen Verfassung der UN-Klimakonferenzen



genannt, ebenso der Umstand, dass alle Länder der Welt gleichberechtigt mit je einer Stimme vertreten sind – im Gegensatz zu G8- oder G20-Gipfeln, bei denen die ökonomisch stärksten Staaten unter sich sind. Ganz so weit her ist es mit der größeren Demokratie bei den Klimakonferenzen aber auch nicht. Denn je größer die Wirtschaftskraft eines Landes, desto größer die Delegation und der Einfluss auf die Verhandlungen. Die «Zivilgesellschaft» ist zudem nur herzlich eingeladen, solange sie sich wohl verhält.

Das hat diesmal nicht so gut geklappt. Unterstützt von NGOs probten Entwicklungsländer und vom Klimawandel besonders betroffene Staaten kleinere Aufstände und störten das gediegene diplomatische Parkett mit Sprechchören. Draußen wartete – erstmalig in der Geschichte der UN-Klimagipfel – eine Menge protestierender Menschen, die am Bella Center unter dem Slogan «Reclaim Power» (Die Macht zurückgewinnen) eine alternative Vollversammlung über Klimagerechtigkeit («People's Assembly on Climate Justice») abhalten wollte. Hunderte NGO-TeilnehmerInnen verließen das Konferenzzentrum und schlossen sich den Protestierenden an. Die Polizei verstand wenig Spaß: Mit Knüppeln wurden die Akkreditierten von der «People's Assembly» ferngehalten.

## «Stundenlang saßen die gefesselten Festgenommenen auf eiskaltem Asphalt.»

Die Protestierenden brachte sie gefesselt zu Boden, verhaftete mehrere PressesprecherInnen des Netzwerks «Climate Justice Action» und steckte sie tagelang in Untersuchungshaft. Schon bei der Großdemonstration am Wochenende zuvor konnte die Polizei nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit und, schlimmer noch, vom Gros der DemonstrantInnen, einen ganzen Block aus dem Zug «rausschneiden», einkesseln und die zumeist jungen Leute in Reih' und Glied mit Kabelbindern gefesselt auf dem eiskalten Asphalt sitzen lassen. Stundenlang warteten die Festgenommenen bis zum Abtransport ins so genannte Klimagefängnis mit den berühmten Käfigen, die Dänemark von Deutschland ausgeliehen hatte. Derweil marschierte die Demonstration fröhlich weiter. Die Medien berichteten von fast 1.000 Verhafteten an diesem Tag. Vorbeugend, so die dänische Polizei. This is what democracy looks like – so sieht Demokratie aus.

Ebenso wenig «demokratisch» verliefen die letzten Tage des Gipfels. Die UnterhändlerInnen waren nicht vorangekommen, NGO-VertreterInnen ausgeschlossen – nun sollten die eingeflogenen Staatschefs hinter verschlossenen Türen Nägel mit Köpfen machen. «Politicians talk, leaders act!» – so die im Greenpeace-Slogan ausgedrückte völlig herrschaftsaffine Hoffnung, die ganz oben müssten es richten. Haben sie aber nicht. Die Delegiertenversammlung stimmte dem Abschluss-

**RLS ON GREEN TOUR** Mehr Hintergründe zum Scheitern des Klimagipfels und zur Krise des fossilen Kapitalismus gibt es auf einer Schwerpunktseite im Internet unter [WWW.ROSALUX.DE/CMS/INDEX.PHP?ID=18696](http://WWW.ROSALUX.DE/CMS/INDEX.PHP?ID=18696). Eine Diskussion im Januar 2010 zu den Perspektiven nach dem Gipfel ist dokumentiert unter [www.rosalux.de/das-war-der-gipfel](http://www.rosalux.de/das-war-der-gipfel). Zum Schwerpunktthema Nachhaltigkeit bietet die Stiftung in diesem Jahr unter dem Motto «RLS on Green Tour» eine Veranstaltungsreihe durch mehrere Bundesländer zu Klimawandel, «Green New Deal», erneuerbaren Energien und Konzepten des sozialökologischen Umbaus. Abschluss wird eine internationale energiepolitischen Konferenz im Herbst in Berlin sein. Weitere Informationen unter [WWW.ROSALUX.DE/ON-GREEN-TOUR](http://WWW.ROSALUX.DE/ON-GREEN-TOUR).

papier, dem so genannten «Copenhagen Accord», nicht zu. Es wurde unter teilweise wütendem Protest lediglich «zur Kenntnis» genommen. Das Papier beinhaltet weder ein gemeinsames konkretes Ziel der Industrieländer zur Kohlendioxidreduktion noch einen Modus darüber, wer die zugesagten Finanzhilfen an die Entwicklungsländer von 100 Milliarden US-Dollar bezahlt. Einzig das Zwei-Grad-Ziel bei der Erderwärmung wurde festgehalten, aber nicht, wie es erreicht werden soll. Insbesondere für die armen Weltregionen wirken aber selbst zwei Grad desaströs. Bereits in der ersten Woche hatte daher der kleine Inselstaat Tuvalu den Aufstand geprobt und forderte eine Begrenzung auf 1,5 Grad. Unter Tränen appellierte der Insel-Delegierte an das Plenum: «Unser Schicksal liegt in Ihren Händen». Es nutzte nichts.

Die Gründe für den unverminderten Kohlendioxidanstieg erhellen, worum es bei Klimagipfeln tatsächlich geht: Die Emissionen wachsen mit dem Wirtschaftswachstum – zumindest, wenn es vorwiegend auf Basis fossiler Energieträger vonstatten geht. «CO<sub>2</sub>-Ausstoß» ist damit gleichbedeutend mit «Wirtschaftswachstum», «CO<sub>2</sub>-Minderung» mit Stagnation oder Krise. Der Klima- ist kein Umweltgipfel, sondern ein knallharter Weltwirtschaftsgipfel von konkurrierenden Nationalstaaten mit unterschiedlicher ökonomischer Kraft. Weil kein Land auf Wachstum verzichten will oder kann und Länder und Konzerne von den billigen Energieträgern Kohle, Gas und Öl profitieren, sind die Fronten verhärtet. Auch ein vermeintlich moralischer Vorwurf der Entwicklungs- und Schwellenländer an die Industrieländer hat harte ökonomische Hintergründe. Die Industrieländer, so die Argumentation, hätten Wirtschaftswachstum jahrelang auf Kosten der globalen Umwelt generiert und könnten jetzt schlecht verlangen, dass die ärmeren Länder ihrerseits auf Reichtum verzichten, um die Umwelt zu schützen. Auch Entwicklungs- und Schwellenländern ist das kapitalistische Wirtschaftswachstum alternativloses Mittel zum ersehnten Wohlstand für zumindest einige Teile der Bevölkerung. Sie wollen im Allgemeinen schlicht das tun, was die Industrieländer schon immer tun: wachsen – koste es was es wolle. Der so genannte «Grüne Kapitalismus» wiederum, in dem mancher im Gewande des «Green New Deal» so viel Potenzial sieht, steckt in den Kinderschuhen. Es ist völlig offen, ob er überhaupt möglich wäre und zu welchen Kosten. Zudem setzt er unverändert endloses Wachstum voraus. Die Entwicklungspfade hin zu mehr erneuerbaren Energien werden zu allem Überduss durch konkurrierende Machtinteressen eher blockiert als betreten. Ein Beispiel dafür ist die Aufkündigung des Atomausstiegs durch die schwarz-gelbe Koalition in Deutschland.

Eine internationale Klimabewegung, sollte sie nach Kopenhagen an Kraft gewinnen, muss daher die herrschende profitorientierte Produktions- und Konsumtionsweise ins Zentrum ihrer Kritik rücken, ebenso wie die politischen Formen, in denen diese Logik verwaltet wird. Solange die Zivilgesellschaft an den guten Willen der «Leader» appelliert, wird sie früher oder später untergehen.

**SABINE NUSS IST REFERENTIN FÜR POLITISCHE ÖKONOMIE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

ANN-KATRIN LEBUHN

# WEG VON DER KOHLE

PANEL ZUR ENERGIEPOLITIK BEIM GEGENGIPFEL IN KOPENHAGEN

**Parallel zur Weltklimakonferenz organisierten Nichtregierungsorganisationen in Kopenhagen einen Gegengipfel – das Klimaforum09. Mit etlichen Bildungsveranstaltungen zur Klimapolitik wurde das UN-Treffen kritisch begleitet. Die Mainstream-Medien berichten so gut wie gar nicht – obwohl sich in den zwei Gipfelwochen rund 50.000 Leute aus aller Welt am Klimaforum09 beteiligten und ein reger Austausch stattfand. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung war dabei.**

Das Foyer ist voll von kleinen Ständen und Tischen mit Informationsmaterialien – und voll von Menschen, die den Austausch suchen. KlimaaktivistInnen, VertreterInnen von NGOs und Interessierte sitzen im Kongresszentrum DGI-Byen zusammen und diskutieren gemeinsam. Auch im «Grey Room» wird rege debattiert, wo die RLS zu einer Diskussionsrunde über Chancen und Grenzen energiepolitischer Interventionen geladen hat.

Wie weg von der Kohle?, ist dabei die Leitfrage. Eine Aktivistin aus Indonesien klappt ihren Laptop auf und wirft einen Blick in ihre Notizen. Dann erklärt sie die absurde Situation, dass Ostborneo jährlich 200 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr an rund 30 Industrieländer der Welt exportiert, die Bevölkerung im eigenen Land jedoch in der Strom-Krise steckt. «Borneo ist eine der vom Abbau fossiler Brennstoffe am stärksten betroffenen Gegenden Indonesiens. Die Insel liefert kontinuierlich Energierohstoffe an die USA, Japan und Europa. Zur Zeit wird die Degradation der Böden hauptsächlich durch Palmenölplantagen und Kohleabbau hervorgerufen.» Zwischen Juli und November 2008 ist in den Haushalten auf Borneo ungefähr sechs bis zehn Stunden täglich der Strom ausgefallen. Besonders dramatisch ist es in der Kutai-Region, wo 37 von 135 Dörfern überhaupt keinen Zugang zur Stromversorgung haben.

Moderatorin Mona Bricke gibt das Wort weiter an die übrigen Referenten der RLS-Diskussionsrunde. Da ist zunächst Jonathan Stevenson, der aus dem Klimacamp-Kontext in Großbritannien kommt. Im Jahr 2006 zeltete er mit vielen AktivistInnen direkt neben Drax, dem größten europäischen Kohlekraftwerk, auf das sie zwei Jahre später mit einer direkten Aktion aufmerksam machten. Mehr als 20 AktivistInnen enterten einen Kohletransportzug, der auf dem Weg ins Kraftwerk war, hielten ihn an und banden ihn an einer Brücke fest. «Wir wollen die massive Zerstörung stoppen, die durch die Verbrennung der Energierohstoffe verursacht wird. Sie erzeugt den Klimawandel, der uns alle betrifft», sagt Stevenson. Dann ist Daniel Häfner an der Reihe, Aktivist bei Robin Wood in der Bundesrepublik. Er erzählt von der bedauerlichen Lage der Lausitz in Brandenburg, wo nach den Bundestagswahlen gegen den Willen der BewohnerInnen ein Abkommen zur Förderung von Braunkohle in der Region verabschiedet wurde: «Die NachbarInnen kriegen den ganzen Dreck direkt ab». Auf die Frage aus dem Publikum, ob die Lösung in einer intensiveren Beschäftigung mit den Technologien erneuerbarer Energien liege, antwortet Daniel resolut, es ginge gar nicht so sehr um ein technisches Problem. Bei der Angelegenheit seien vielmehr politische Entscheidungen gefragt, die die Partei DIE LINKE in diesem Fall nicht getroffen habe.

Der britische Gewerkschaftsaktivist Robin Sivapalan ergänzt, die Probleme seien eigentlich allen klar. Ohne die Menschen, die in den Wer-

ken arbeiteten, sei eine Änderung der Energieproduktion allerdings nicht zu erreichen. Zumal es eben nicht nur um eine Veränderung innerhalb des Energiesektors gehe, sondern ganz grundlegend um eine gesellschaftliche Veränderung, weg vom kapitalistischen Wirtschaftssystem und dessen ständigem Wachstumszwang. Deswegen steht für ihn die Organisationsfrage im Mittelpunkt. Von der Mittelschicht sei keine Rettung zu erwarten, auch wenn stets alle Augen hoffnungsvoll auf sie gerichtet seien.

In einem sind sich dann alle ReferentInnen einig: Allein am Schreibtisch lasse sich recht wenig erreichen, und die Bewegung müsse «von unten» kommen. Wie dies allerdings anzustellen sei und was die nächsten Schritte wären, wurde während der Veranstaltung nicht mehr ausbuchstabiert. Ein Patentrezept für die Klimarevolution kann niemand hervorzaubern. Immerhin gibt es aber schon eine Reihe konkreter Strategien: Seit mehreren Jahren finden regelmäßige Klimacamps statt, die allerdings – wie Gewerkschafter Robin augenzwinkernd gegenüber dem Camp-Aktivisten Jonathan anmerkt – oft sehr «akademisch» geprägt seien. Zudem organisieren AktivistInnen direkte Aktionen wie die Blockade bei Drax. Bei Gipfeltreffen wie in Kopenhagen wird schließlich oft zu Gegengipfeln und Großdemonstrationen mobilisiert. Nicht zuletzt vernetzen sich in Ländern wie Großbritannien dabei zunehmend auch soziale Bewegungen mit Gewerkschaften. All das ist aber nur ein erster Schritt.

**ANN-KATRIN LEBUHN ARBEITET ZUM THEMA NACHHALTIGKEIT IN DER AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

Indonesische Aktivistin bei der RLS-Diskussion © Ines Koburger





# POLITISCHER KLIMAWANDEL

## 100 TAGE SCHWARZ-GELB



FDP-Chef Guido Westerwelle bei den Koalitionsverhandlungen im Bundeskanzleramt in Berlin © ddp

GEORG FÜLBERTH

## STREICHEN NACH MASTERPLAN

DIE VORLAGE FÜR DIE REGIERUNGSARBEIT LIEFERTE LAMBSDORFF SCHON 1982 – NUN MACHEN SICH MERKEL UND WESTERWELLE AN DIE UMSETZUNG

### ZEITRÄUME

**Der Blick auf die Überlebensfähigkeit der Union im Kanzleramt kann lehren, dass auch bei der Betrachtung von Aktualität größere Zeiträume beachtet werden müssen, um die Gegenwart einordnen zu können und sich vor Aufgeregtheit zu bewahren. Im 61. Jahr des Bestehens der Bundesrepublik wird dieser Staat 41 Jahre von einem CDU-Kanzler (oder einer Kanzlerin) regiert worden sein, nur 20 Jahre von Brandt, Schmidt und Schröder.**

Um die Perspektiven der Koalition nach wenigen Monaten zu beschreiben, ist nicht viel Futurologie nötig. Es handelt sich um die Fortschreibung einer mittlerweile jahrzehntelangen Tendenz, die jetzt allerdings zum zweiten Mal – nach Schröder und Eichel – forciert wird.

Der französische Historiker Fernand Braudel (1902 – 1985) hat in der Tradition der Annales-Schule den Begriff der «longue durée» herausgearbeitet: die Beharrlichkeit von Strukturen, in denen der nur schwer veränderliche Raum ebenso wichtig ist wie die Zeit. Beweglicher sind schon die so genannten säkularen Trends wie etwa die Auswirkungen der ersten industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts und der zweiten seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Aber im Vergleich zu ihnen erscheinen die von Nikolai D. Kondratieff und Arthur Spiethoff beschriebenen Langen Wellen oder wirtschaftlichen Wechsellagen nachgerade kurz. Zumindest für das zwanzigste Jahrhundert passen sie zu jenem allgemein-gesellschaftlichen Rhythmus, wie ihn Eric

Hobsbawm klassisch dargestellt hat: «Zeitalter der Katastrophen» von 1914 bis 1945, «Goldenes Zeitalter» von 1947 bis 1973 und «Erdrutsch» seit 1973. Fast belanglos erscheinen dagegen die durchschnittlich zehnjährigen Konjunkturzyklen, durchaus beachtenswert aber die Großkrisen und -depressionen der Jahre 1873 ff., 1929 ff., 2007 ff.

Nehmen wir für die Tagesereignisse nach der jüngsten Bundestagswahl Maß, muss noch genauer justiert werden. Die Krise seit 2007 ist hier ein wichtiges Datum. Zu bedenken ist, ob seit den 70er-Jahren ein neuer säkularer Trend sich durchsetzt: die Auswirkungen der dritten, der informationellen Revolution. Unentschieden ist noch, ob der «Erdrutsch» von 1973 ff. inzwischen durch eine neue «Lange Welle» abgelöst wurde. Trotz all dieser Ungewissheiten dürfte aber sicher sein, dass im Rahmen der hier dargestellten Zeitmaße das Wahlergebnis von 2009 kein relevanter Einschnitt ist. Tatsächlich sind vier Jahre ein viel zu knapper Zeitraum, als dass eine Vorausschau oder ein Rückblick viel Wichtiges zutage fördern könnte. Wahljahre sind in der Regel keine Einschnitte, selbst wenn in ihnen die Regierung ausgewechselt werden sollte.

### WINTER DES MISSVERGNÜGENS

Zu den Konstanten gehört allerdings auch die regelmäßig nach den Bundestagswahlen auftretende Ernüchterung, nicht nur bei den Verlierern, sondern auch bei den Gewinnern. In seiner «Geschichte der Bundesrepublik Deutschland» ist Hans-Peter Schwarz eine Formulierung gelungen, die diese Situation treffend wiedergibt: «Winter des Missvergnügens». Er meinte damit zwar zunächst nur kurzfristig auftretende außenpolitische Schwierigkeiten in der Adenauer-Ära. Noch treffender aber ist der Ausdruck angesichts der Tatsache, dass die Regierung seinerzeit vor allem wirtschaftspolitisch Rückhalt zu verlieren schien: die Arbeitslosigkeit stieg, Ludwig Erhard war derartig umstritten, dass er als eine Belastung für den Kanzler Adenauer galt und mit seinem Sturz gerechnet wurde.

Für die Monate nach den späteren Bundestagswahlen ließe sich Ähnliches feststellen, etwa als Erhard nach seinem Sieg 1965 Wahlgeschenke wieder zurücknehmen musste und Versprechen nicht halten konnte. Gut in Erinnerung dürften noch die Winter des Missvergnügens 1998/1999 und 2002/2003 sein. Die SPD war am Ende der Ära Kohl mit einer Doppelspitze in den Wahlkampf gezogen. Lafontaine stand für soziale Gerechtigkeit, Schröder für marktliberale Innovation. Nach dem gemeinsamen Sieg wurde dem neuen Kanzler Unentschiedenheit vorgeworfen, die SPD verlor die Landtagswahl in Hessen. 2002/2003 gingen die großen Medien gegen die neu gewählte rot-grüne Koalition los, die Unternehmerverbände forderten wieder einmal den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und Abbau von Sozialleistungen. Schröders «Agenda 2010» vom März 2003 war als Befreiungsschlag gedacht.

Dass die Kanzlerin dazu derzeit nicht bereit ist, wird ihr als Führungsschwäche vorgeworfen. Sie befindet sich im Dilemma zwischen zwei Vorhaben des schwarz-gelben Projekts: Schuldenabbau und Steuersenkung. Dessen Ursachen reichen wiederum nahezu ein Jahrzehnt zurück.

### EIN DILEMMA UND EINE MÖGLICHE «LÖSUNG»

Eine wichtige Voraussetzung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ist die seit 2001 aufgepustete und 2007 ff. geplatze Spekulationsblase an den internationalen Finanzmärkten. Deren Entstehung wird man den früheren Bundesregierungen nicht vorwerfen können. Ob sie die Möglichkeit hatten, sie zu verhindern, wird strittig bleiben.

Allerdings hat die Regierung Schröder nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines sich prozyklisch verhalten: Hans Eichels Steuererleichterungen haben den Geldvermögensbesitzern zusätzliche Mittel in die Hand gegeben, mit denen spekuliert werden konnte. Die Befreiung von Veräußerungsgewinnen war eine Ermutigung für große Börsentransaktionen. Vernachlässigung des Binnenmarkts, der Druck auf die Löhne. Die einseitige Förderung des Exports machten die deutsche Wirtschaft abhängig von der Verschuldung der USA. Deshalb war die Hoffnung, die Immobilien- und Finanzmarktkrise in den Vereinigten Staaten werde Deutschland verschonen, von vornherein illusionär.

Als 2008/2009 die Bundesregierung Spareinlagen garantieren, Anteile an der Commerzbank übernehmen, die Hypo Real Estate verstaatlichen und Abwrackprämien bezahlen musste, war dies ein schwerer Schlag für ein Vorhaben, das Angela Merkel im Wahlkampf 2005 propagiert hatte, in der Großen Koalition aber zurückstellen musste: marktliberales «Durchregieren», Abbau der Staatsquote, Deregulierung. Die Rekordverschuldung unter Verletzung der Maastricht-Kriterien widersprach allem, wofür das nach wie vor von der CDU-Vorsitzenden angestrebte schwarz-gelbe Bündnis stehen sollte. Dass gleichzeitig die so genannte Schuldenbremse ins Grundgesetz hineingeschrieben wurde, war ein Wechsel auf eine Zukunft, in der diese Absicht doch noch realisiert werden sollte.

Die Koalitionsvereinbarungen scheinen dies auf den ersten Blick noch weiter in die Ferne zu schieben. Das so genannte «Wachstumsbeschleunigungsgesetz» sieht für 2010 und 2011 eine Entlastung der privaten Haushalte und der Unternehmen um insgesamt 17 Milliarden Euro vor. Finanziert werden soll das durch eine Rekordverschuldung. Es ist ein Geschenk vor allem an die Besserverdienenden und an die FDP, vorderhand auch an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) insofern, als nicht zugleich Einschnitte in den öffentlichen Haushalten beschlossen wurden. Diese werden wohl nach den NRW-Wahlen im Mai kommen. Begründet werden sie dann mit der Schuldenbremse. Schon im nächsten Jahr muss der Finanzminister bereits zehn Milliarden einsparen, um dem Ziel eines Haushalts, der ab 2016 keine neuen Schulden mehr aufweist, nahe zu kommen.

Wie ist das Dilemma, dass der Staat einerseits keine Kredite mehr aufnimmt, andererseits auf Steuern verzichtet, aufzulösen? Antwort: Indem er möglichst nichts mehr ausgibt. Dies ist nun allerdings ein Masterplan, der seit dem Lambsdorff-Papier von 1982 immer wieder neu aufgelegt, bislang aber noch nicht verwirklicht wurde. Aufgegeben haben ihn die marktliberalen Eliten aber nie. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Annahme, ihr Projekt sei mit der Krise 2007 ff. zerschellt, wenig für sich hat. Die Behauptung, der «Staat sei zurück», war zu unspezifisch. Es hätte gefragt werden müssen: zu welchem Zweck? Es wurden Börsengewinne von gestern abgesichert, indem Verluste von heute möglichst aufgefangen wurden. Die daraus resultierende Staatsverschuldung wird zum Argument sozialer Einschnitte werden.

### ZEITBOMBEN

Das ist keine Zukunftsmusik, sondern bereits Realität. Denn nicht erst die nach dem Mai erwarteten Sparmaßnahmen werden zu einer Politik des Gürtel-enger-Schnallens führen: das «Wachstumsbeschleunigungsgesetz» hat jetzt schon diese Wirkung. Diese zeigt sich zunächst noch nicht im Bund, wohl aber in den Ländern und den Kommunen. Schon Anfang November hat der Deutsche Städtetag in einer ausführlichen Erklärung Alarm geschlagen: wird die Einkom-

mensteuer gesenkt, geht auch deren Anteil für die Kommunen zurück. Das macht dieses Jahr bereits 1,2 Milliarden Euro, und 2011 werden es 2,4 Milliarden sein.

Diese Verluste aus der Einkommensteuer werden zu denjenigen aus der Gewerbesteuer hinzukommen. Hierzu wieder der Städtetag: «2009 brechen von bisher 41 Milliarden Euro Gewerbesteuer brutto voraussichtlich 7,4 Milliarden weg – das sind rund 18 Prozent. Damit ist der Verlust noch einmal 1,4 Milliarden Euro höher als bei der Steuerschätzung im Mai vorhergesagt.» Gleichzeitig mit dem Sinken der Einnahmen werden die Ausgaben steigen. Für dieses Jahr wird die Zunahme der Arbeitslosigkeit vorhergesagt, damit auch der Dauererwerbslosigkeit, für deren Folgen etwa beim Wohngeld und bei der Sozialhilfe die Gemeinden zuständig sind. Es wird sich verschärft fortsetzen, was bereits 2009 begonnen hat. Der Städtetag rechnet vor: im abgelaufenen Jahr kletterten die Sozialausgaben «erstmalig auf rund 40 Milliarden Euro – beinahe doppelt so viel wie kurz nach der Wiedervereinigung. [...] Ab 2010 müssen die Kommunen bis 2013 voraussichtlich Defizite zwischen Einnahmen und Ausgaben von jeweils mehr als 10 Milliarden Euro befürchten. Diese Höhe ist bisher beispiellos, auch gegenüber dem Defizit aus dem Jahr 2003 von 8,4 Milliarden Euro in der bisher schwersten kommunalen Finanz-

LUTZ BRANGSCH

## ZURÜCK ZU ZUCKERBROT UND PEITSCHEN

DIE SOZIALPOLITIK IST NATIONALISTISCH UND AUSSCHLIESSEND

**In der Koalitionsvereinbarung ebenso wie in Verlautbarungen der Regierenden seit Oktober finden sich viele Kontinuitäten, aber auch einige Brüche gegenüber früheren Regierungen. Das aktuelle sozialpolitische Konzept lässt sich so beschreiben: nationalistisch, repressiv, ausschließend, unternehmensorientiert, klientelistisch.**

Es ist ein Konzept unbeschränkter Herrschaft der Finanzoligarchie, wenn auch der «aufgeklärten», durch das Fegefeuer der Wirtschaftskrise geläuterten, den «Exzessen» abholden. Diese Entgrenzung von Macht erfordert den endgültigen Bruch mit den Gewerkschaften oder das endgültige Brechen ihrer Machtbasis. Das sind nach wie vor diejenigen, die einen relativ festen Arbeitsplatz haben.

**«Der Arbeitskraftunternehmer soll endlich Realität werden.»**

Klarer als in den Dokumenten der Koalitionspartner ist die Zielstellung in den «Kernaussagen des Berichts über die Beschäftigung in Europa 2009» der EU-Kommission ausgedrückt. Wichtigstes Schlagwort: «Flexicurity». Es sei besser, heißt es im Bericht, sich auf den Schutz und die Unterstützung der Arbeitnehmer bei «guten» Arbeitsmarktübergängen zu konzentrieren, als bestimmte Arbeitsplätze zu schützen. An anderer Stelle ist die Rede davon, dass man von der Sicherung von Arbeitsplätzen

zur Absicherung der Beschäftigten auf dem Markt übergehen müsse. Dies ist auch das letztendliche Credo der Sozialpolitik der schwarz-gelben Regierung. Das lang gehegte Ziel des Arbeitskraftunternehmers soll endlich Realität werden. Förderung von Frauen, Erweiterung der Kinderbetreuung, Bildungspolitik – all dies wird ausschließlich unter dem Kriterium der Arbeitsmarktfähigkeit entwickelt. Daher tritt aber notwendig neben das Prinzip der «Flexicurity» die weitere Privatisierung sozialer Sicherung. Wir sehen dies derzeit vor allem im Gesundheitsbereich, in der Rentenversicherung sehen wir es schon lange. Auch wenn es sich um langfristige Prozesse handelt, ist doch ein ideologisches Korsett nötig. Es ist bemerkenswert, dass die Bundeskanzlerin ihre Regierungserklärung unter die Überschrift «Deutschland zu neuer Stärke führen» stellte. Der nationalistische Unterton ist unverkennbar, wie auch eine mangelnde Distanz zu deutscher Geschichte. Vor allem aber sind es Begriffe wie «Motivation», «Sparsamkeit» und «Wettbewerb», mit denen die Regierung offensichtlich Rückhalt in der Gesellschaft finden will. Kombiniert wird die Argumentationslinie mit der bewährten moralischen Keule «Generationengerechtigkeit». Deutlicher als je zuvor wird gleichzeitig die Sozialpolitik als Anhängsel der Haushaltspolitik dargestellt: Etatkonsolidierung sei auch die Grundlage des Sozialstaates. Das ist nicht ganz falsch – nur geht es Schwarz-Gelb vor allem um sinkende Ausgaben. Mit Bezug auf die Schuldenbremse, dem entscheidenden haushaltspolitischen Steuerungselement, wird gefordert, alle staatlich übernommenen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.

Im Januar legte der Deutsche Städte- und Gemeindebund nach: die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben werde in diesem Jahr zwölf Milliarden Euro betragen. Warum wird hier so viel von den Kommunen geredet? Weil sich zeigt, wo die Krise und schon die bisherigen Koalitionsbeschlüsse ihre größten Auswirkungen haben: dort, wo soziale Leistungen und Infrastruktur vor Ort bereitgestellt werden müssen. Der Bund ist da noch vergleichsweise fein raus. Anders steht es da schon mit den Ländern. Sie sind für Schulen und Hochschulen zuständig und haben dafür kein Geld. Deshalb haben sie sich auch stark gegen das «Wachstumsbeschleunigungsgesetz» gestäubt. Um es durch den Bundesrat zu bringen, wurden Ministerpräsidenten, allen voran Harry-Peter Carstensen (CDU) in Schleswig-Holstein, herausgekauft. «Milliarden für die Bildung!» titelten die Zeitungen. Gemeint ist: die Länder bekommen zusätzliches Geld, damit sie stille halten. Es wird tatsächlich für die Bildung zweckgebunden. Die hat davon allerdings keinen einzigen Cent mehr. Denn die Milliarden, die der Bund überweist, werden in den Haushalten der Länder, wo sie sonst aus Eigenmitteln aufgebracht werden müssten, eingespart.

**GEORG FÜLBERTH WAR POLITIKPROFESSOR IN HESSEN UND SCHREIBT REGELMÄSSIG FÜR LUNAPARK 21**

Im Januar legte der Deutsche Städte- und Gemeindebund nach: die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben werde in diesem Jahr zwölf Milliarden Euro betragen. Warum wird hier so viel von den Kommunen geredet? Weil sich zeigt, wo die Krise und schon die bisherigen Koalitionsbeschlüsse ihre größten Auswirkungen haben: dort, wo soziale Leistungen und Infrastruktur vor Ort bereitgestellt werden müssen. Der Bund ist da noch vergleichsweise fein raus. Anders steht es da schon mit den Ländern. Sie sind für Schulen und Hochschulen zuständig und haben dafür kein Geld. Deshalb haben sie sich auch stark gegen das «Wachstumsbeschleunigungsgesetz» gestäubt. Um es durch den Bundesrat zu bringen, wurden Ministerpräsidenten, allen voran Harry-Peter Carstensen (CDU) in Schleswig-Holstein, herausgekauft. «Milliarden für die Bildung!» titelten die Zeitungen. Gemeint ist: die Länder bekommen zusätzliches Geld, damit sie stille halten. Es wird tatsächlich für die Bildung zweckgebunden. Die hat davon allerdings keinen einzigen Cent mehr. Denn die Milliarden, die der Bund überweist, werden in den Haushalten der Länder, wo sie sonst aus Eigenmitteln aufgebracht werden müssten, eingespart.

Ausdrücklich eingeschlossen ist dabei die Bundesagentur für Arbeit. Nur – wer wird diese Notwendigkeit von Aufgaben nach welchen Maßstäben prüfen? Das einzige Kriterium ist neben der Marktfähigkeit der ArbeitskraftunternehmerInnen die Senkung der Steuerbelastung, sprich des Steueraufkommens. Die geplante Einführung eines Stufenstarfes bei der Einkommensteuer wird vor allem die Bestverdienenden glücklich machen. Bei den Sozialversicherungen sollen die Beiträge niedrig gehalten werden, und die Bundeszuschüsse müssen ebenfalls begrenzt bleiben. Die resultierende Finanzierungskrise wird durch Leistungskürzungen aufgefangen werden – oder durch Zusatzbeiträge, die die Beschäftigten allein zu tragen haben. Das Kriterium der «Aufgabenkritik» kann nur die Senkung öffentlicher Ausgaben gerade im Sozialen sein. Mehr Netto vom Brutto heißt dann, dass Lohn- und Gehaltsempfänger von ihrem möglicherweise gestiegenen Netto mehr private Versicherungsbeiträge zahlen müssen. Begriff und Fakt der Armut verschwinden zudem aus der Politik. Die größte Herausforderung, so Ministerin Schavan, sei die «Bildungsarmut».

Für die Bewertung des schwarz-gelben Regierungsprogramms hilft ein Blick auf die mehr als 100-jährige Geschichte deutscher Sozialpolitik. Die wachsende Stärke der ArbeiterInnenbewegung zwingt das Deutsche Kaiserreich, Elemente sozialer Sicherung zu entwickeln. Das Motto «Zuckerbrot und Peitsche» steht am Anfang bundesdeutscher Sozialstaatlichkeit. Die Weimarer Republik entwickelt die Systeme weiter zu einer umkämpften Minimalsicherung. Während des Faschismus steht Sozialpolitik im Dienste von Kriegsvorbereitung und Korruption der Gesellschaft. Ende der 1940er-Jahre soll die Soziale Marktwirtschaft durch «Wohlstand für Alle» die Arbeitenden befrieden. Das Ergebnis sieht – trotz vieler Niederlagen der bundesdeutschen Gewerkschaften – glücklicherweise nicht so aus, wie es sich Ludwig Erhard vorstellte. Vielmehr bildet sich der Kompromiss heraus, der heute oft zu Unrecht als soziale Marktwirtschaft verstanden wird. Er erodiert aber bereits ab den 1970er-Jahren. Die Neunziger sind durch eine Suche nach dem künftigen Weg bestimmt. Höhepunkt ist der Bericht der Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen, der auf einen völligen Umbau der Gesellschaft, auf Minimierung sozialstaatlicher Leistungen im Interesse des Standortes orientiert. Gleichzeitig werden soziale Leistungen schrittweise abgebaut. Der ganz große Angriff folgt mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen der SPD-Grünen-Regierung, hinter denen maßgebliche Teile der SPD bis heute stehen. Damit wurde die Wende zu einer konsequent unternehmensorientierten Sozialpolitik vollendet, die unter Kohl vorbereitet worden war. Vor allem mit Hartz IV nahm das Element der Repression in der sozialen Sicherung deutlich zu. Auf der Ebene der EU waren genau in diesem Sinne die wechselnden Bundesregierungen an der Fixierung dieses Kurses immer beteiligt, wie er in der Lissabon-Strategie ausgeführt ist. Dieser Prozess vollzog sich durch die Krisen seit den 1970er-Jahren hindurch, von diesen Krisen relativ unberührt. Eine aggressive exportorientierte Politik eröffnete immer wieder Wachstumspotenziale, die halfen, «systemrelevante» Elemente sozialer Sicherung zu erhalten. «Systemrelevant» bedeutet, dass die politische Stabilität immer wieder erhalten werden konnte – trotz zunehmender Spaltungen und trotz insgesamt sinkenden Niveaus öffentlicher sozialer Sicherung, trotz sinkender Realeinkommen – mithin unter Bedingungen der Ausweitung von sozialem Konfliktpotenzial. Im Jahr 2010 kehren wir, wie oben gezeigt, zurück zu Kaiser Wilhelm – nur dass die Peitsche heute subtiler ist.

**LUTZ BRANGSCH ARBEITET AM INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

## «BEIM KAMPF GEGEN DIE ARMUT PASSIERT NICHTS»

**Alfred Spieler ist Referent für Sozialpolitik beim Bundesverband der Volkssolidarität in Berlin.**

**Was kommt sozialpolitisch mit Schwarz-Gelb?**

**Spieler:** Für die meisten Bürger werden die finanziellen Lasten wachsen. Es ist zu befürchten, dass die Umverteilung von unten nach oben weitergeht. Das hängt einerseits mit der ungerechten Lastenverteilung bei der Bewältigung der Krise zusammen und andererseits mit konkreten schwarz-gelben Projekten im Gesundheitsbereich und bei der Pflege. Ab dem Jahr 2011 hat Finanzminister Schäuble darüber hinaus einen strikten Sparkurs angekündigt. An einem neuralgischen Punkt der Gesellschaft tut die Regierung schlicht gar nichts – bei der Armutsbekämpfung.

**Macht sich das bereits bemerkbar?**

**Spieler:** Ja. Beispiel Kindergeld: Von der Anhebung um 20 Euro monatlich sehen die gut zwei Millionen Kinder, die von Hartz IV leben müssen, nicht einen Cent. Union und FDP unterlassen auch wirksame Schritte gegen die drohende Altersarmut.

**Wo wird es den heftigsten Kahlschlag geben?**

**Spieler:** Im Bereich Gesundheit. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung plant die Koalition ganz offensichtlich den Bruch mit dem Solidarsystem. Damit fliegt ein Stützpfeiler des Sozialstaates weg. Es wird ungerecht zugehen – bei der Finanzierung ebenso wie bei den Leistungen. Zwar sind die Aussagen zur Kopfpauschale noch schwammig. Ebenso schwammig sind aber die Ankündigungen zum sozialen Ausgleich, wie so Vieles im Koalitionsvertrag einfach nur Stückwerk ist. Alles in allem laufen die Pläne darauf hinaus, dass Besserverdiener einmal mehr entlastet werden.

**Geht es nur um Geld?**

**Spieler:** Nein. Die soziale Infrastruktur gerät in Gefahr. Die Lücken bei der wohnortnahen, bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung bleiben ebenso wie der Investitionsstau bei den Krankenhäusern. Auch andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind betroffen: Weitere Jugend- und Seniorenklubs werden schließen und Beratungsangebote zurückgefahren. Die Lebensqualität sinkt.

**Was tun?**

**Spieler:** Es wird ausgesprochen schwierig, die schwarz-gelben Vorhaben abzuwenden. Es ist notwendig, über ihre Folgen aufzuklären und die Vorteile eines gut funktionierenden Sozialstaats für die Mehrheit der Bürger deutlich zu machen. Dazu sind Kooperationen im parlamentarischen Oppositionslager nötig, aber auch außerparlamentarische Bemühungen. Aus Sicht der Sozialverbände ist es wichtig, gemeinsam mit den Gewerkschaften für den Erhalt der solidarischen Krankenversicherung einzutreten und wenn notwendig auch auf die Straße zu gehen.

**GESPRÄCH: HENNING HEINE**



Alfred Spieler © Volkssolidarität



# WINTER DES MISSVERGNÜGENS



**«Wer mit Großspenden vor der Wahl in CDU/CSU und FDP investiert hat, kann sich jetzt über eine hohe Rendite freuen. Wer kein Geld für große Parteispenden hatte, muss für die ausgezahlte Rendite aufkommen.»**

**GESINE LÖTZSCH, VIZEFRAKTIONSCHEFIN DIE LINKE IM BUNDESTAG, 3. FEBRUAR 2010**



AXEL KRUMREY/FRIEDRICH BURSCHEL

# EXTREM DANEBEN

IM KAMPF GEGEN RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS DROHEN GROSSE RÜCKSCHRITTE

**«Freiheit in Verantwortung und Sicherheit», so heißt eine Leerformel im Koalitionsvertrag. Gemeint ist vermutlich, dass sich Freiheit im Korsett der Sicherheit bewegen muss. Und potenzielle Gefahr für diese Sicherheit wittert man insbesondere im «politischen Extremismus», dem es folglich «entschlossen» entgegen zu treten gelte.**

Was oberflächlich zunächst plausibel klingen mag – im bundesdeutschen gesellschaftlichen Diskurs hat sich der Begriff des «Extremismus» längst als Superlativ alles Schlechten etabliert, bedeutet die vertragliche Basis für eine fatale Entwicklung. Denn fokussierte der Kampf gegen «Extremismus» bislang primär auf Aktivitäten gegen die extreme Rechte, waren Bundesprogramme wie Entimon oder Civitas lange Zeit auf die Stärkung der demokratischen Kultur und die Auseinandersetzung mit ideologischen Bestandteilen des Nationalsozialismus ausgerichtet, so macht es sich die Regierungskoalition jetzt zur Aufgabe, bestehende Programme auszuweiten und damit auch «Linksextremismus» und «Islamismus» zu bekämpfen.

Endlich, so wird mancher Neokonservative frohlocken, hat sich die intellektuell wenig untersetzte Extremismus-Doktrin, die unter anderem auf Professor Eckhard Jesse von der TU Chemnitz zurückgeht, auch in konkretem Regierungshandeln durchgesetzt. Wenig realitätsbezogen wird darin suggeriert, dass sich die politischen Ränder einer Gesellschaft – bezogen auf eine Rechts-Links-Skala – annähern, je weiter sie sich vom Zentrum entfernen. Räumlich ist das zwar schwer vorstellbar, es werden jedoch zwei konkrete Ziele verfolgt. Zum einen gelingt es, jegliche politisch nicht genehme Aktion mit dem Stempel des «Extremismus» zu brandmarken, und zum anderen schwächt man insbesondere den Gegner in der politischen Linken. Schließlich wird so auch der Begriff des Linksextremismus hoffähig. Die Unschärfe dieser Begrifflichkeit scheint dabei sogar gewollt, denn «Extremismus» ist keine wissenschaftliche Kategorie, sondern eine politische Kampffloskel, die erst

mit dem vielfältig einsetzbaren Verweis auf die «wehrhafte Demokratie» und die «freiheitliche demokratische Grundordnung» der Bundesrepublik ihre Daseinsberechtigung erfährt.

Mit den Programmen «Kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus» und «Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie» existieren derzeit zwei zentrale Bundesprogramme, die explizit gegen den Einfluss der extremen Rechten gerichtet sind. Beide Programme werden vom Bundesfamilienministerium getragen und dieses Jahr noch mit insgesamt 24 Millionen Euro ausgestattet. Wer sich die Formulierungen des Koalitionsvertrages vornimmt, erhält den Eindruck, als hätte die neue Familienministerin Kristina Köhler (CDU) bereits daran mitgewirkt. Die Soziologin, seit 2002 im Bundestag, vertrat schon als so genannte «Extremismus-Expertin» der CDU-Fraktion die Ansicht, dass «Linksextremismus» und «Islamismus» systematisch verharmlost würden und redete so der negativen Gleichsetzung politisch rechts motivierter Gewalttaten und politisch linken Aktionsformen das Wort. Nun ist die «Proporzministerin», wie sie die Süddeutsche Zeitung betitelte, Herrin über die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und – entsprechend dem Koalitionsvertrag und ihren Überzeugungen – für deren Umgestaltung verantwortlich.

Es gilt folglich, Kapazitäten im Kampf gegen «Linksextremismus» und «Islamismus» zu schaffen. Deutet man den Koalitionsvertrag richtig, muss auch die «Aufarbeitung der SED-Diktatur» in den «Extremismusbekämpfungsprogrammen» noch Platz finden. Mal abgesehen von einer politischen Beurteilung dieser strategischen Entscheidung der Koalitionspartner, ist vor allem das Wegbrechen jener mühsam aufgebauten Strukturen zu befürchten, die nicht zuletzt in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands oftmals die letzte Bastion gegen rassistische, antisemitische, homophobe, kurz: menschenfeindliche Entwicklungen bilden.

**AXEL KRUMREY IST ASSISTENT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG, FRIEDRICH BURSCHEL REFERENT FÜR RECHTSEXTREMISMUS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

CORNELIA MÖHRING

# FRAUEN ZUERST BETROFFEN

GLEICHSTELLUNG WIRD SPARKURS UND UMWERTEILUNG NACH OBEN GEOPFERT

**Auch in Sachen Gleichstellung ist von der Bundesregierung nichts Positives zu erwarten. Die Vorhaben im Koalitionsvertrag sind allgemein und nebulös, die ungerechte Politik der vergangenen Jahre wird auch von Schwarz-Gelb fortgesetzt. Der schwer angeschlagene Haushalt – in Schiefelage geraten durch Milliarden spritzen für Banken und Konzerne – soll durch einen strengen Sparkurs konsolidiert werden.**

Kürzungen sind vorgesehen in allen Bereichen, die nicht der Profitlogik folgen, mit der Produktion und Reproduktion des Lebens zu tun haben und klassisch vornehmlich von Frauen besetzt sind. Unternehmen, in denen insbesondere Frauenarbeitsplätze auf dem Spiel stehen, wurden bereits dem Markt zum Fraße vorgeworfen – siehe Arcandor.

bildungsperspektiven und Berufschancen von Frauen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein höherer Beschäftigungsanteil von Frauen – vor allem in Führungspositionen und in zukunftsorientierten Berufen – sowie geringere Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern. Die Ziele sollen durch freiwillige Vereinbarungen mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft erreicht werden. Köhler bleibt damit der Linie treu, mit der bereits Angela Merkel als Frauenministerin für Stillstand sorgte.

Die vermeintlich verbesserte Kinderbetreuung, die Schwarz-Gelb angekündigt hat, kommt einem Offenbarungseid gleich. Sie hat weder etwas mit Gleichstellung noch mit der Gewährleistung einer qualifizierten kindgerechten Betreuung zu tun. Ein Betreuungsgeld von 150 Euro soll alle belohnen, die ihre Kinder nicht in einer Kita betreuen lassen – und dann auch nicht arbeiten gehen. Viele junge Frauen sind in solcher sozialen Not, dass sie die 150 Euro wie einen Strohhalm ergreifen müssen. In einem Punkt geht Frau Köhler scheinbar in die Offensive und über den Wortlaut der Koalitionsvereinbarung hinaus: Sie hat erkannt, dass Gleichstellungspolitik ohne die aktive Einbindung beider Geschlechter nicht mehr zeitgemäß ist. Eine solche Politik brauche Frauen und Männer und müsse die Veränderung ihrer

LUTZ BRANGSCH

# TEURE GESUNDHEIT

BEI DER KRANKENVERSICHERUNG IST EIN SYSTEMBRUCH GEPLANT

**Während sich Obama in den USA damit herumplagt, die sozialen Katastrophen im Gesundheitswesen wenigstens einzudämmen, arbeitet die Bundesregierung daran, derartige Katastrophen zu produzieren. Die Koalitionsvereinbarung kleidet das in die Worte: «Wir werden das deutsche Gesundheitswesen innovationsfreundlich, leistungsgerecht und demografiefest gestalten.» Leistungsgerecht? Was ist ein leistungsgerechtes System gesundheitlicher Sicherung? Die Antwort folgt ein wenig später: «Beitrag und Leistung müssen in einem adäquaten Verhältnis stehen.»**

Damit wird die in wesentlichen Teilen noch bestehende Universalität des Zugangs zu medizinischen Leistungen infrage gestellt. Hebel ist die schrittweise Einführung der «Kopfpauschale», oder wie es Minister Rösler ausdrückt, von «einkommensunabhängigen Pauschalen». Die Versicherten sollen auf Basis des bestehenden Leistungskatalogs soweit wie möglich ihren Krankenversicherungsschutz selbst gestalten können. Wie man diese Leistungen dann erhält, wird aber eben nicht gesagt. Die Einführung der Kopfpauschale und die Forderung der «Leistungsgerechtigkeit» haben nur Sinn, wenn die Kopfpauschale eben nicht Zugang zum «bestehenden Leistungskatalog» bedeutet. Konsequenterweise streben die Koalitionsparteien einen wachsenden Stellenwert von privaten Zusatzversicherungen und die Erleichterung des Zugangs zur privaten Vollversicherung an. Auch das hat nur Sinn, wenn die gesetzliche Krankenversicherung keine Vollversorgung anbieten kann. Zudem plant der Minister eine kapitalgedeckte «verpflichtende Zusatzversicherung» im Pflegebereich. Ein vielversprechender Markt für private Versicherungsunternehmen.

Das kann man getrost als Schritt zur Demontage der sozialen Krankenversicherung betrachten. Ihr Gewicht als Vertretung der Versi-

klassischen Rollen mit in den Blick nehmen. «Gleichstellungspolitik soll für beide Geschlechter im Lebensverlauf eine optimale Balance von Erwerbsarbeit und Erziehungs- sowie Betreuungsaufgaben ermöglichen und damit Perspektiven für eine partnerschaftliche Lebensgestaltung schaffen», heißt es auf der Homepage des zuständigen Bundesministeriums.

Aber auch das entpuppt sich schnell als hohle Phrase, denn die vorgeschlagene Maßnahme passt nicht zum Ziel: das Berufswahlspektrum für Jungen und Männer soll «auf bisweilen frauentypische Berufe im Dienstleistungs- und Pflegebereich» erweitert werden. Eine Angelegenheit, die gleich mehrere Haken hat, jedenfalls nicht zu einer geschlechtergerechten Teilhabe und Verteilung von Arbeit und Zeit führt. Das gleichstellungspolitische Konzept der Bundesregierung, wenn wir es denn mit dem Wort Konzept schmücken wollen, ist einfach und leicht umsetzbar: «Gleichstellung ja, aber sie darf weder die Konzerne (und die Männer in Machtpositionen) stören noch etwas kosten.» Ziel bleibt weiterhin die Beschleunigung der Umverteilung von unten nach oben.

**CORNELIA MÖHRING IST FRAUENPOLITISCHE SPRECHERIN DER FRAKTION DIE LINKE IM BUNDESTAG**

cherten auch gegenüber der Pharmaindustrie und der Ärzteschaft wird sinken. Damit aber werden Fragen der «Wirtschaftlichkeit» stärker von den Interessen dieser beiden Partner bestimmt werden – oder der Staat bestimmt die Preise. Aber genau diese «Staatswirtschaft» will die Bundesregierung ja nicht. Es ist bemerkenswert, wie der Klientelismus hinter Phrasen von Wettbewerb oder Freiheit zu verstecken versucht wird. Im Namen «wettbewerblicher Kriterien» werden die Positionen der Pharmaindustrie nicht angetastet. Die Freiberuflichkeit von Ärzten gerinnt zum Selbstzweck und wird der Tätigkeit medizinischer Versorgungszentren entgegengestellt. All die Faktoren, die als kostentreibend betrachtet werden, bleiben so erhalten. Ebenso alle Faktoren, die einer Erhöhung der Qualität der gesundheitlichen Versorgung entgegenstehen. Keinen nennenswerten Stellenwert haben Probleme der Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor und im Pflegebereich. Einzig die soziale Differenzierung wird größer. «Eine hochwertige Gesundheitsversorgung muss vom Menschen her gedacht werden», heißt es in der Koalitionsvereinbarung. Dieser Satz steht recht einsam dort. Tatsächlich wird von Klientelinteressen her gedacht. Daran ändert auch das geplante Patientenschutzgesetz nichts. Was bleibt? Nachdem die Arbeitslosenversicherung mit den Hartzreformen marktförmig gemacht wurde, die soziale Rentenversicherung mehr und mehr auch für durchschnittlich Verdienende zu einer Basisversorgung geschrumpft wird, soll nun die Krankenversicherung in ihrer sozialen Substanz getroffen werden. Es geht nicht nur um ein «Umdenken», sondern um einen Systembruch in voller Breite. Gelingt es nicht, dagegen wirksamen Widerstand zu entfalten, werden sich die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft nachhaltig verschieben.

**LUTZ BRANGSCH ARBEITET AM INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**





Stürmischer Protest: SchülerInnen demonstrieren in Wiesbaden während der Bildungsstreiks © Milestoned/flickr.com (CC)

SONJA STAACK/TOBIAS SCHULZE

# BILDUNG WIRD PRIVATSACHE

ELTERN SOLLEN FÜR KINDER SPAREN – DIE UNIVERSITÄTEN BENÖTIGEN MÄZENE

**Der Bund will für Bildung und Forschung bis 2013 insgesamt zwölf Milliarden Euro mehr bereitstellen – im Schnitt also jährlich drei Milliarden zusätzlich. Der Zuwachs für 2010 beträgt lediglich 750 Millionen Euro und erreicht nicht annähernd die nötige Höhe. Der größte Teil – in diesem Jahr etwa 400 Millionen Euro – geht zudem in den Forschungsbereich und bereits beschlossene Programme wie die Exzellenzinitiative. Für bessere Bildung bleibt kaum etwas übrig.**

Dabei hatte die Koalition selbst bestätigt, dass zur Erreichung der Ziele des Bildungsgipfels jedes Jahr rund 25 Milliarden Euro mehr ausgegeben werden müssten. Die Länder werden diese Mehrausgaben kaum schultern können: Mit den Steuersenkungen und der Schuldenbremse hat der Bund ihnen dafür gerade die finanzielle Grundlage entzogen.

Was die öffentliche Hand nicht in die Bildung investiert, sollen private Bildungsausgaben ausgleichen. Auf so genannten Zukunftskonten sollen Eltern künftig für die Bildungskosten ihrer Kinder sparen, der Staat unterstützt elterliche Einzahlungen mit einer Prämie. Die Erfahrungen mit der Riester-Rente zeigen, wohin die Reise hierbei geht: Nur finanzstarke Haushalte können von solchen Modellen profitieren, sozial schlechter gestellte bleiben außen vor. Mehr Geld gibt es für Stipendiatinnen und Stipendiaten – und zwar nach dem Gießkannenprinzip. Für die Geförderten der Begabtenförderwerke wird das Büchergeld um 300 Euro erhöht. Außerdem wird ein neues Stipendienprogramm geschaffen, das zehn Prozent der Studierenden mit 300 Euro unterstützen soll – elternunabhängig. Schwarz-Gelb läutet damit eine leise Abkehr vom Prinzip des BAföG ein, das öffentliche Gelder vor allem denjenigen zugute kommen lässt, die am dringendsten da-

rauf angewiesen sind. Das neue Stipendienprogramm ist außerdem eine neue Form von Public-Private-Partnership: Die Hochschulen sollen die Hälfte der Gelder bei Wirtschaft und Privaten einwerben, der Staat stockt nur noch auf. Damit bestimmen Unternehmen und Mäzene natürlich auch mit, an welchen Hochschulen und in welchen Studienfächern die neuen Stipendien vergeben werden.

Dieses Jahr wird die Wirtschaftskrise auf den Ausbildungsmarkt durchschlagen. Schwarz-Gelb reagiert mit einem Sonderprogramm für besonders betroffene Regionen, das die Misere nur mehr schlecht als recht lindern können. Das eigentliche Problem bleibt bestehen: Ausbildung ist weiter eine freiwillige Leistung der Unternehmen, die je nach Konjunkturlage hinten runter fällt. Der einzige konkrete Vorstoß von Schwarz-Gelb im Bereich Berufsausbildung: Der Jugendarbeitsschutz soll «flexibler» werden, vor allem Azubis in der Tourismusbranche drohen damit längere Arbeitszeiten sowie Nacht- und Wochenendschichten. In der Forschungsförderung setzt die neue Koalition verstärkt auf Anwendungs- und Marktnähe. Gesellschaftspolitische Ziele wie Nachhaltigkeit oder Umweltschutz ordnen sich dabei trotz anderslautender Deklamationen wirtschaftspolitischen Interessen unter. So stagnieren die Forschungsmittel für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, während für umstrittene und nicht nachhaltige Technologien wie Kohlenstoffspeicherung, Fusionsenergie oder auch den Rückbau und die Sicherung von Nuklearanlagen immer neue Millionenbeträge zur Verfügung gestellt werden.

Die Koalition will Unternehmen zudem mit Steuergutschriften für Forschungs- und Entwicklungsausgaben subventionieren. Je nach Ausgestaltung zöge diese Maßnahme Steuermindereinnahmen von bis zu fünf Milliarden Euro nach sich, während der Anreiz für die erhoffte

Steigerung privater Forschungstätigkeit im internationalen Vergleich nicht eindeutig belegbar ist. Aus linker Sicht fehlt auch hier der Nachhaltigkeitsgedanke: Warum sollte die öffentliche Hand die Entwicklung von Präzisionswaffen, Sportwagen oder Medikamenten gegen Haarausfall fördern, um nur drei Produkte mit hohem Forschungsanteil am Umsatz zu nennen? Die Prinzipien von Schwarz-Gelb in der Bil-

dungs- und Forschungspolitik lauten: privat vor öffentlich, Wertschöpfung vor Nachhaltigkeit. Merkels Regierung setzt Konzepte aus der wirtschaftsliberalen Mottenkiste um, die durch die Dauerkrise der «Bildungsrepublik» längst als untauglich gelten müssten.

**SONJA STAACK UND TOBIAS SCHULZE GEHÖREN DEN BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN BILDUNG UND WISSENSCHAFTSPOLITIK DER PARTEI DIE LINKE AN**

WOLF-DIETER NARR

# SCHRECKEN DER LEERE

SIEBEN ANLÄUFE SCHWARZ-GELB ZU BESTIMMEN

**ERSTENS** Farblich ohne Mühe. Schwarz-gelb sind Tiere wie Tiger und (Fussball-) Institutionen wie Borussia Dortmund. Unverkennbar, aggressiv, stürmisch. Einst Siggie Held. Aber politisch metaphorisch? Bigotte Politik und Neid?

**ZWEITENS** Ach wären sie doch kenntlich die Parteien «schwarz» und «gelb» pauschal identifiziert. Ach wäre das Parteiengemisch, das angeblich die ihrerseits vermeintliche Regierung bildet, ein kräftiges Farbenragout. Wenn ich professionell unvermeidlich Äußerungen so gestreifter Mitglieder einer Gernegroßregierung lese – oder mir ausnahmsweise den Tort antue, sie televisional zu erspähen –, suche und suche ich irgend so etwas wie Charakterköpfe oder wie politische Substanz. Und irre suchend und kann nichts finden, das mit den rundum dräuenden Problemen dieser Welt zu tun haben könnte.

**DRITTENS** Schon dass mich die Leere nicht verzweifelt, geschieht es mir auch «staatspolitisch» des Öfteren, dass Kichern mir den Hals reizt. Wie soll man all den Firlefanz der Konferenzen, Herrenbegegnungen zuweilen mit Dame, wipfelnden und zipfelnden Gipfel anders ertragen können. «Worte, die alles Wirkliche verflachen und im Geschwätz beruhigen.» Das was Millionen, Milliarden von Menschen das Leben versaut und verschmutzt, sie hungern und elend macht, ort- und orientierungslos, das wird wortgeklungelt. Als sei das, was herrschende Politik landauf landab ausmacht eine einzige Public-Relations-Veranstaltung. Sie macht gerade in so genannten Demokratien die Menschen dumm und im übrigen in der Arbeit und ohne Arbeit angst- und furchtdiszipliniert.

**VIERTENS** Doch was hülfle kollektives Lachen, gelänge es denn, wenn es nicht die Schwingungszahlen etablierter politischer Institutionen erreichte, um endlich Platz für eine überfällige, nicht primär im Geschriebenen erfolgende Verfassungsreform an Haupt und Gliedern zu schaffen. Das Lachen erstickt. Die regierungsamtlichen Unfähigkeiten bringen ungeheure soziale und mit den sozialen umweltbezogene Kosten mit sich.

**FÜNFTENS** Ach die zweieinhalb Parteien, die gegenwärtig die Regierung der BRD bilden, besitzen nur zwei hauptsächliche Kompetenzen. Sie repräsentieren als ihr perverses demokratisches Element die Interessen der Habenden und Herrschenden. Sie sorgen dafür, dass die Katastrophe anhält: dass alles so weiter geht, ohne drastisch nötige Änderungen lokal, regional, überregional. Und sie tun alles, um ihre Positionen an den Fleischtopfen Berlins zu halten. Darin besteht heute

ohnehin fast exklusiv der Parteiensinn. Interessenbündnisse zum Positionsgewinn ohne spezifisches Gewicht, mitnichten organisierende Transmissionsriemen der Sorgen und Nöte aus der Bevölkerung. Ansonsten herrscht ein Schrecken der Leere. Alle drängenden Fragen der Zeit werden verschoben. Sie werden randständig und Probleme vermehrend bürokratisch gesetzlich verwirrtgehexelt. Dass niemand mehr Bescheid weiß. Verantwortung ist ohnehin ein rosaner Luftballon geworden.

**SECHSTENS** Die Chefin angeblich, Frau Merkel, die noch vergleichsweise wacker erscheint, hebt in ihrer Regierungserklärung zurecht hervor, die meisten Bundesdeutschen hätten das Ausmaß und die Dauer der finanzkapitalistisch und staatlich verschuldeten Krise noch nicht begriffen. Diejenigen freilich schon, die sprach sie nicht an, die Hartz-IV-entmündigt karg leben, diejenigen, die in Suppenküchen anstehen, diejenigen, die gegen Abend die Wärmestuben verlassen müssen, weil nächstens bekanntlich dunkelbedeckt warm ist, diejenigen, die in Altenpflegeheimen und Krankenhäusern in neuem Taylorismus versorgt werden, diejenigen ... wer nannte die Namen – zählte sie, die in kapitalistischen Kalkülen denkhandelnd durchzogener Gesellschaft so a-sozial wie die gut Verdienenden sind, ihre exzellent Gebildeten, die «überflüssig» sind, nicht «gebraucht» werden, deswegen auch durch alle human idiotisierenden, notenrattelnden Bildungssiebe fallen? Diese Frau Merkel also hebt einen Mangel hervor. Aber sie präsidiert einer Regierung, die diesen Mangel überall katastrophisch verstärkt. Von der bürokratisch verfilzten, gegen Migranten und Asylsuchende terroristisch verfahrenen EU und ihre Menschenrechtsglorie «Frontex» nicht zu reden. An Afghanistan nur zu denken und um den Schlaf gebracht zu werden. Was leistet sich dieses interessenbornierte Regierungs(un)wesen allein haushalts- und steuerpolitisch? Ein verantwortungslos spekulierender Humbug. Und was gesundheitspolitisch..., was ... Die Sprache versagt, um die schuldhaft klafertiefe Inkompetenz nur zu nennen und nicht zu schreien.

**SIEBTENS** Von der «Unerträglichen Leichtigkeit des Seins» handelt ein Roman Milan Kunderas. Was diese Regierung vergegenwärtigt, ist eine Leichtigkeit des politischen Seins, die angesichts der humanen Kosten und der Vermehrung ohnehin unter den herrschenden kapitalistisch-etatistischen Bedingungen nicht lösbarer Probleme abgründig Angst macht. Nicht, was sie tut, das auch. Was sie nicht tut und borniert nicht tun kann. Das ist die Katastrophe. Gegenwärtig schwarzgelb gestreift.

**WOLF-DIETER NARR WAR BIS 2002 POLITIKPROFESSOR AN DER FU BERLIN UND IST MITGRÜNDER DES KOMITEES FÜR GRUNDRECHTE UND DEMOKRATIE**



STEPHAN LESSENICH

# KULTURKÄMPFERISCHE BEGLEITMUSIK

DIE BÜRGERLICHEN UND IHRE BÜRGER – EINE HASSLIEBE

**Die deutsche Öffentlichkeit steht derzeit gleich vor mehreren Rätseln. Die größten lauten: Wo ist eigentlich die Krise hin? Wann fängt die neue Bundesregierung endlich an «durchzuregieren»? Und ist die neu gewählte «bürgerliche Koalition» vielleicht gar nicht so schlimm, wie es ihre mehr oder weniger linken Widersacher voraussagten und es ihr zumeist immer noch nachsagen?**

Die drei Fragen hängen miteinander zusammen, und es lassen sich unterschiedliche Antworten auf die damit umschriebenen Ungewissheiten denken. Eine erste Antwort deutet die gegenwärtige politische Situation als bloßes Moratorium, als gemütlich wirkendes Vorzimmer zur hinter der Tür lodernden schwarz-gelben Hölle. Die «bürgerliche» Regierung erscheint – einstweilen noch – zahm, ja wie ein zahloser Tiger, der auf gesellschaftspolitischen Neben Bühnen (von der «Entdeckung» des Afghanis-tan-Kriegs bis zum absurden Schauspiel um Erika Steinbach) umherschleicht und sich, wenn überhaupt, allenfalls selbst zerfleischt. Sie kann dies tun, weil die Krise – den großkoalitionär vereinbarten Nothilfen wie Abwrackprämie und Kurzarbeitergeld sei Dank – noch nicht wirklich sozial durchgeschlagen hat. Doch wartet sie nur auf die anstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und die erwartbar steigenden Arbeitslosenzahlen, um sodann ihr wahres Gesicht zu zeigen: «Konsolidierung» der Haushalte zu Lasten der Schwächsten, Steuerreformen zugunsten des «Mittelstands», weitere Schritte zur Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme.

**«Vielleicht sind wir gar nicht so schlimm, wie Sie immer sagen.»**

Guido Westerwelle zu Oskar Lafontaine am Abend der Bundestagswahl 2009

Der zu erwartende Maßnahmenkatalog verweist dabei schon auf die zweite Deutungsvariante des nicht nur konservative Medien enttäuschenden schwarz-gelben «Fehlstarts»: Die bürgerliche Regierung muss gar nicht schlimmer und «grausamer» sein als ihre Vorgängerinnen im Amt. Diese haben das Gesicht der deutschen Gesellschaft schon so weit und so offensichtlich verändert, dass eine konservativ-liberale Administration ihre Politik eigentlich gar nicht mit einer «eigenen Handschrift» zu versehen braucht, sondern im Grunde genommen nur so weiter machen muss wie die Anderen vor ihr auch: Einfach weiter fleißig nach oben umverteilen und darauf hören, wo «der Wirtschaft» der Schuh drückt. Und nach «Riester» für die Rente und «Hartz» für Erwerbslose kommt nun eben «Dr. Rösler» für ein wie immer «modernes» Gesundheitswesen; nur «Kirchhof» und das «einfache und gerechte» Steuersystem müssen vermutlich noch ein wenig draußen bleiben – die nachfolgenden Regierungen wollen ja auch noch etwas zu tun haben.

Wie fast immer im Leben dürfte die Wahrheit, oder sagen wir lieber: die wirklichkeitsnächste Deutung der ersten 100 Tage des «Systems

Merkelwelle», in der Mitte liegen und müsste Momente beider Interpretationsmuster in sich aufnehmen. Denn wir erleben seit einem Jahrzehnt eine nachhaltige Transformation des «deutschen Sozialmodells», die so richtig mit Rot-Grün begonnen hat und von der schwarz-gelben Regierung schlicht fortgeschrieben werden wird – doch zugleich wird sie dieser Transformation, so steht zu erwarten, eine nochmals neuartige Wendung, ein noch deutlicher «bürgerliches» Antlitz zu geben versuchen.

In kürzest möglicher Form ist die Transformation seit dem Jahr 2000 so zu beschreiben, dass die Strukturprobleme der gegenwärtigen Gesellschaftsformation – die mit dem flexiblen Kapitalismus einhergehenden sozialen Verwerfungen – erfolgreich in Verhaltensprobleme von Individuen und privaten Haushalten umdefiniert worden sind. Ob nun das Dauerproblem der Arbeitslosigkeit oder aber die in jüngerer Zeit medial in den Vordergrund gerückten sozialen Phänomene der Niedrigfertilität («Schrumpfende Gesellschaft») und der Bildungsmisere («Generation Doof»): Sie alle sind demnach nicht Ergebnis eines individuelle Bedürfnisse missachtenden und das Soziale auflösenden Vergesellschaftungsmodus, sondern gleichermaßen auf das Fehlverhalten der Bürgerinnen und Bürger zurückzuführen – so die nach und nach politisch durchgesetzte Sprach- und Denkrege-lung. Ob im schmuddeligen Nachmittagsfernsehen oder in der gehobenen Sonntagszeitung: Wir hören und lesen von Arbeitslosen, die sich nicht ausreichend um einen neuen Job bemühen, aber durchaus intensiv daran arbeiten, Arbeitsagentur und Sozialamt hinters Licht zu führen; von Doppelverdienerpaaren, die nichts vom Glück der Familie und der Erfüllung strahlender Kinderaugen wissen (wollen) und stattdessen nur auf sich selbst und den Erfolg fixiert sind – und die dereinst als pflegebedürftige Solitäre auf fremde Hilfe angewiesen sein werden; oder von eigensüchtigen, gedankenlosen oder einfach nur dummen Eltern, denen die intellektuelle, körperliche und musische Förderung ihrer Kinder gleichgültig sei und die im Verzicht auf deren Erziehung zu nachhaltiger Aufstiegs- und Leistungsbereitschaft die Zukunftsfähigkeit des «Standorts Deutschland» gefährdeten.

Worum es dann folgerichtig in all diesen Fällen geht – ja notwendig gehen muss –, ist eine institutionelle Programmatik der Erzwingung von mehr «Eigenverantwortung», die zugleich immer auch als Sozialverantwortung gedeutet wird: Strebsame Arbeitlose tun nicht nur etwas für ihre eigenen Lebenschancen, sondern schonen damit auch die Solidargemeinschaft der Versicherten; der realisierte Kinderwunsch erfüllt nicht nur das eigene Leben mit Sinn, sondern sichert auch den Generationenvertrag und ist gleichsam ein Akt «made for Germany» und für den deutschen Volkskörper – ganz ähnlich wie gute Eltern, die ihren Kindern aus Selbst- sowie Mütter-/Väterliebe das Beste mit auf den Lebensweg zu geben trachten, zugleich die nationale Wettbewerbsfähigkeit im Kampf der Wissensgesellschaften sicherstellen. Die Übernahme der Regierungsverantwortung durch CDU/CSU und FDP wird durch eine kulturkämpferische Begleitmusik untermalt, die den Verstoß gegen derartige Gebote mit der Diagnose «unbürgerli-

cher» Verhaltensweisen und Lebensführungsmuster bestimmter Subjekte und Sozialmilieus in Verbindung bringt – oder aber der Einfachheit halber gleich in eins setzt: Das Verdikt richtet sich vorrangig gegen angeblich antriebslose, konsumfanatische Subproletarier sowie parallelvergesellschaftete, gebärfreudige «Ausländerinnen», die vom Staat großzügig alimentiert würden; es richtet sich aber ebenfalls, wenn auch ungleich subtiler und mit leicht verschobener Stoßrichtung, gegen kinder- und womöglich sogar noch partnerlose Karrierefrauen wie gegen wohlversorgte und vergnügungssüchtige Rentner. Der ideologische Kreuzzug «neuer Bürgerlichkeit», der sich hier abzeichnet, vertieft die materiellen Spaltungslinien der Gesellschaft, indem er sie kulturell nachzeichnet: Biosupermarkt und Manu-factum hier, Penny und Kik dort, Fitnessstudio hier, Hängematte dort, Musikschule hier, Computerspiele dort, heimeliges abendliches Vorlesen hier, Cola und Pommes bis zum Abwinken dort.

Wenn dann die bürgerlichen Regierenden von ihren «Bürgern» (oder manchmal auch «Bürgerinnen») sprechen, die wahlweise entlastet, gefördert, befähigt oder ermächtigt werden sollen, dann ist immer das «hier», niemals das «dort» gemeint. Der Bürgerbegriff der Bürgerlichen ist exklusiv: Es gibt die «guten» Bürger – die Arbeitenden, besser noch: hart Arbeitenden, Steuern Zahlenden, Leistungsbereiten, eigenverantwortlich Sozialverantwortlichen – auf der einen und die «bösen» respektive «schlechten» Bürger auf der anderen Seite

– die, die (wissen «wir» doch alle!) faulenzten, abkassieren, abhängen, nichts Vernünftiges machen, jede Verantwortungsübernahme für sich, Andere und «das Ganze» ablehnen.

Wenn die Krise und ihre Folgen erst einmal in der Gesellschaft angekommen, dann wird diese Grenze noch schärfer und der Kreis noch enger gezogen, dann werden die bürgerlichen Reihen noch fester geschlossen im Kampf gegen die Unproduktiven, Nichtsnutzigen, Asozialen. Dann wird die neue, «bürgerliche» Regierung – mit der Unterstützung «ihrer» Bürger – so weiter machen, wie es die Regierungen vor ihr angefangen haben, aber eben mit ein bisschen mehr Stil. Vielleicht werden wir uns auch daran wieder gewöhnen. Und vielleicht werden wir, denen es uns ja irgendwie immer noch ganz gut geht, nach ein paar bürgerlichen Regierungsjahren sagen: Vielleicht sind sie ja doch gar nicht so schlimm, wie wir immer dachten.

STEPHAN LESSENICH IST SOZIOLOGIEPROFESSOR AN DER FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

**«Vielleicht, vielleicht, vielleicht ... vielleicht auch nicht.»**

Fink, Vielleicht, xxs records 1997

CDU-Vorsitzende Angela Merkel bei den Koalitionsverhandlungen im Bundeskanzleramt in Berlin © dpa







Die Bildungsreisenden beim Besuch des früheren Konzentrationslagers Belzec © RLS

KARIN CUDAK/SEBASTIAN DRECHSLER/MORITZ BLANKE

## ORTE DES MASSENMORDES

EXKURSION ZU NS-VERNICHTUNGSLAGERN IM OSTEN POLENS – EIN REISEBERICHT

**Wie sind die ehemaligen Vernichtungslager Belzec, Treblinka, Sobibór in den kollektiven Gedächtnissen verschiedener Länder verzeichnet? Wie wird an den singulären systematisch-massenindustriellen Genozid an zwei Millionen Jüdinnen und Juden und an 50.000 Sinti und Roma erinnert? Auf einer einwöchigen Spurensuche zwischen Warschau, Lublin und Zamość gehen wir diesen Fragen nach.**

Wir sind über Vergessens- und Verdrängungsprozesse verstört, betreten aber auch viele Orte, an denen wir Diskurse und Initiativen der Erinnerung kennen lernen. Gemeinsam mit TeilnehmerInnen aus Deutschland, England und den Niederlanden setzen wir uns mit Biografien Deportierter auseinander. Organisiert ist die Reise vom Bildungswerk «Stanislaw Hantz» in Kooperation mit der niederländischen «Stichting Sobibór» und der polnischen «Studnia Pamieci».

### LUBLIN

Von hier fahren wir jeden Morgen zu Orten des organisierten Massenmordes. In Lublin lebten vor dem Zweiten Weltkrieg rund 40.000 jüdische von den insgesamt 122.000 EinwohnerInnen. Es galt als Zentrum des orthodoxen Judentums in Polen. Heute leben dort noch etwa 30 Menschen mit jüdischen Wurzeln. Auch die Yeshiva, ursprünglich größte jüdische Religionsschule Europas, wurde in

Lublin gebaut. Sie ist seit kurzem wieder im Besitz der jüdischen Gemeinde. Über das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Majdanek bei Lublin begleitet uns eine polnische Studentin. Anschließend lädt uns der Leiter der Gedenkstätte zu einer Diskussion ein. Wir erfahren, dass das pädagogische Programm der Gedenkstätte ausgebaut werden soll und dass Majdanek heute von vielen polnischen Schulklassen besucht wird – meist wegen der polnischen, weniger wegen der jüdischen Opfer.

### BELZEC

Im Jahr 1941 begannen die Nazis mit dem Bau des Vernichtungslagers Belzec, später folgten Treblinka und Sobibór. In Belzec wurden die meisten Juden aus Lublin ermordet. Wir besuchen die 2004 fertig gestellte Gedenkstätte mit dem Museum, welches Israel, die USA und Polen – ohne deutsche Unterstützung – finanziert haben. Einer der Stipendiaten hat eine Liste der deportierten Juden aus seiner Heimatstadt Nordhausen mitgebracht. Am 12. Mai 1942 wurden Kurt Kleimnagen, Jahrgang 1895, seine Frau Karola und die Töchter Ellen, geboren 1930 und Eva-Miriam, geboren 1936 nach Belzec deportiert und ermordet. Der Stipendiat verliest die Namen der Opfer vor der Gedenkmauer. Insgesamt wurden ca. 60 Jüdinnen und Juden aus Nordhausen in den Vernichtungslagern hier getötet.

### TREBLINKA

Treblinka war eines der größten Vernichtungslager. Von den eine Million ermordeten Juden stammten die meisten aus dem Warschauer Getto. Nach einem Häftlingsaufstand wurde das Lager geschlossen. Als wir ankommen, sehen wir viele Jugendliche mit Israelfahnen. Zunächst werden wir um das ehemalige Vernichtungslager geführt und hören Berichte zu den Lebensbedingungen der Häftlinge, zur Situation jüdischer Frauen und zuletzt – vor dem Betreten der Gedenkstätte – eine Analyse zu einigen SS-Männern. Einige TeilnehmerInnen irritiert diese Auseinandersetzung mit den Tätern an einem Ort, der in erster Linie den Opfern und ihren Nachkommen «gehört». Bei einem jüdischen Stipendiaten sind die Wut und das Unverständnis so groß, dass wir uns vorübergehend von der Reisegruppe trennen. Als wir die Gedenkstätte schließlich betreten, sehen wir das 1964 errichtete Mahnmal – Symbol des jüdischen Aufstands. Gut 17.000 Steine mit Namen polnischer Orte, deren jüdische Gemeinden ausgelöscht wurden, umgeben es. Am Mahnmal spricht der jüdische Stipendiat zusammen mit Jugendlichen aus Israel das Kaddisch. Beim Verlassen des Gedenkortes irritiert uns, dass die Gleise, die zum Vernichtungslager führten, erst kürzlich zum «Recycling» entfernt wurden. Wir blicken entlang der leeren Gleisgräben in die Ferne.

### SOBIBÓR

Sobibór ist unsere letzte Reisestation. Zuletzt erinnerte der Prozess gegen John Demjanjuk eine breitere Öffentlichkeit an dieses ehemalige Vernichtungslager. Demjanjuk ist angeklagt, im Jahr 1943 als einer der ukrainischen Kollaborateure beim Mord an 27.900 Juden geholfen zu haben. Der Sobibór-Überlebende Jules Schelvis hat in diesem Prozess seine Deportation in das Vernichtungslager beschrieben. Bei einem Aufstand der Häftlinge konnten 365 Häftlinge am 14. Oktober 1943 aus Sobibór fliehen. Etwa fünfzig von ihnen überlebten. Zum 60. Jahrestag des Aufstands wurde im Jahr 2003 auf Initiative des Bildungswerkes «Stanislaw Hantz» eine Allee der Erinnerung eingeweiht und entlang dieser wurden Steine mit den Namen der Opfer platziert. Mittlerweile wurden Patenschaften für über 200 Steine übernommen. Da unser Besuch im Oktober mit dem Jahrestag des Aufstands zusammenfällt, sind wir zugegen, als eine polnische Schulklasse gemeinsam mit Jules Schelvis den zentralen Gedenktag in Sobibór gestaltet. Weitere Steine bekommen einen Namen, Biografien der Ermordeten werden verlesen und Kränze – auch von einem Vertreter der Republik Polen – am Ort der ehemaligen Leichenverbrennungen abgelegt.

### DAS UNVERGESSLICHE

Die Shoah ist unfassbar. Erinnerungsdiskurse konnten hier nur schemenhaft skizziert werden. Unser «Gefundenes» gibt lediglich einen oberflächlichen Eindruck des Umgangs mit der Vergangenheit in der Gegenwart wieder. Trotz der für uns vielerorts «sichtbaren» Verdrängung und Beseitigung der Geschichte sind die drei Vernichtungslager aus unserer Sicht keineswegs «vergessen». Vielmehr erinnern Menschen in vielfältiger Weise an die Shoah, indem sie neue Denkmäler und Gedenkstätten errichten, über die drei Lager berichten, forschen und sie aufsuchen. Die Bildungsreise zu den ehemaligen Vernichtungslagern in Ostpolen war ein Weg zum Erinnern an das Unfassbare und Unvergessliche.

**KARIN CUDAK UND SEBASTIAN DRECHSLER SIND STUDIENSTIPENDIATINNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. MORITZ BLANKE IST REFERENT DES STUDIENWERKS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

## «ALTERNATIVE FORMEN DER ANERKENNUNG»

**Kai Marquardsen, Jahrgang 1974 und studierter Soziologe, promoviert an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Er ist Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.**

### Was ist der Gegenstand deiner Studie?

**Marquardsen:** Es geht um die Frage nach dem Wandel sozialer Netzwerke in der Langzeiterwerbslosigkeit und der Bewältigung von Erwerbslosigkeit innerhalb solcher Netzwerke. Diese Frage wird im Kontext arbeitsmarktpolitischer Strategien der Aktivierung gestellt, die mit spezifischen Anforderungen an die erwerbslose Person und ihr soziales Umfeld verbunden sind.

### Welche Folgen hat die Arbeitsmarktpolitik?

**Marquardsen:** Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik lässt einen erhöhten Druck auf die erwerbslose Person entstehen. Dieser ist nicht nur auf die finanziellen Einschränkungen und die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zurückzuführen. Vielmehr hat sich mit «Hartz IV» auch der Druck erhöht, sich für die eigene, vermeintlich selbstverschuldete Lage zu rechtfertigen. Auf der einen Seite findet also eine Individualisierung bzw. Privatisierung der Verantwortung für das eigene Arbeitsmarktschicksal statt. Auf der anderen Seite stellt die Erwerbslosigkeit ein soziales Stigma dar, das die Betroffenen vom Rest der Gesellschaft trennt.

### Was bedeutet das für das Leben der Erwerbslosen?

**Marquardsen:** Unter diesen Bedingungen kann es zu einer Überforderung informeller Solidaritäten und damit zu einer Gefährdung sozialer Netzwerke kommen. Die auf der Grundlage von Interviews gewonnenen Ergebnisse meiner Arbeit zeigen jedoch, dass sich die Veränderungen sozialer Netzwerke nicht auf den Verlust unterstützender sozialer Beziehungen reduzieren lassen. So lässt sich zwar ein Gestalt- und Funktionswandel sozialer Netzwerke identifizieren: Sie verändern sich sowohl hinsichtlich ihrer Struktur als auch bezüglich des potentiellen Zugriffs auf Ressourcen sozialer Unterstützung. Zugleich zeigt sich aber, dass die Erwerbslosen sich aktiv Beziehungen suchen, in denen sie soziale Unterstützung erhalten. Damit erleiden sie diesen Wandel nicht nur passiv.

### Sie werden auch selbst tätig?

**Marquardsen:** Ja. Entgegen der Prämissen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik findet sich ein sehr aktiver Umgang der Befragten mit der Situation sowie mit ihren eigenen sozialen Beziehungen: Unter den Bedingungen eines dauerhaft versperrten Zugangs zum Arbeitsmarkt entwickeln und praktizieren die Befragten mit Hilfe ihrer sozialen Netzwerke alternative Formen der Herstellung von Anerkennung und Zugehörigkeit. Oftmals ist dies allerdings mit einer Reproduktion und Verschärfung ungleicher sozialer Chancen- und Risikolagen verbunden.

**GESPRÄCH: MORITZ BLANKE**



Kai Marquardsen © Privat





Unten gesund, oben krank: Fische aus der Bucht von Sepetiba nahe Rio de Janeiro © Ibama

BETTINA HOYER

## FISCHER CONTRA STAHLGIGANTEN

BÜNDNIS KÄMPFT IN BRASILIEN GEGEN THYSSENKRUPP – UND WARB IN EUROPA FÜR SEIN ANLIEGEN

**Fünfeinhalb Millionen Tonnen Stahl jährlich, ein Hafen, 30.000 Arbeitsplätze, Kindergärten, Umweltschutz, Infrastruktur und Entwicklung. «Ein Jahrhundertprojekt» nennt ThyssenKrupp sein neues Stahlwerk an der Bucht von Sepetiba im Großraum von Rio de Janeiro.**

Alles Märchen, sagt ein Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Stiftungen und Aktionsgruppen beiderseits des Atlantiks. 40.000 Menschen vor Ort verlören ihre Existenzgrundlage aus Fischfang und Tourismus, das Werk werde ohne Genehmigung in einem Naturschutzgebiet gebaut, die lokale Bevölkerung erhalte keine Arbeitsplätze, ihr Widerstand werde kriminalisiert, Thyssen arbeite mit der lokalen Mafia-Miliz zusammen, es gebe Tote und Morddrohungen.

Der Komplex wird auf einer Fläche von neun Quadratkilometern errichtet. Der Baugrund direkt am Meer wurde dem Konsortium ThyssenKrupp-CSA (TKCSA) geschenkt, Steuerfreiheit für zwölf Jahre obendrauf und die brasilianische Entwicklungsbank hat bisher 560 Millionen Euro an öffentlichen Geldern dazugegeben. «Entwicklung? Wofür? Für wen?», fragt die Wirtschaftswissenschaftlerin Sandra Quintela vom brasilianischen Institut Políticas Alternativas para o Cone Sul (PACS). Die Menschen in Sepetiba lebten vor allem vom Fischfang und vom Tourismus. Das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützte

Institut sowie das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) haben eine Delegationsreise zweier Fischer und einer Mitarbeiterin von PACS organisiert, um darüber zu informieren, wie sich diese große deutsche Auslandsinvestition auf die Region und die Bevölkerung auswirkt. Vergangenen November reiste die Delegation nach Stuttgart, Duisburg, Brüssel, Kassel und Berlin, sprach vor dem EU-Parlament, auf dem Attac-Kongress, vor GewerkschafterInnen in Duisburg und vor Abgeordneten des Bundestags.

«Wir denken manchmal, das glaubt gar keiner, so absurd ist das, was in Sepetiba geschieht», sagt der Fischer Isac auf der Veranstaltung in Berlin. Ein Wortführer des Widerstandes, der 59-jährige Fischer Luis Carlos, musste untertauchen und wird seit März 2009 vom Menschenrechtsprogramm geschützt. Alle zwei Monate ein anderer Bundesstaat, keinen Kontakt zur Familie, zu Freunden und keine Arbeit. Dauer dieses Zustandes: unklar. Die brasilianischen Behörden bestätigen mittlerweile, dass der Werkschutz «mutmaßlich» aus Milizionären besteht. Das nachzuweisen ist schwierig, weil die Strukturen aus ehemaligen Polizisten, Feuerwehrmännern und Politikern bestehen und diese die Gegend unter ihrer Kontrolle haben. Verschwindenlassen und Morde sind alltäglich. «Diese Reise war ein Anfang, jetzt müssen wir auf verschiedenen Ebenen weiterkämpfen – in Deutschland und Brasilien», sagt Christian Russau vom FDCL, der die Delegation während der

Reise begleitet hat. Sie wurde von einem breiten Bündnis von Organisationen unterstützt – darunter neben der RLS der Nachrichtenpool Lateinamerika, Freundinnen und Freunde der MST, Rettet den Regenwald, FIAN Berlin, FUGe Hamm, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt ASW, BUKO Berlin sowie der Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin – und fand auf der Reise neue Unterstützer. Die erste Wirkung zeigte sich bereits am 21. Januar: Der Dachverband der kritischen Aktionäre brachte bei der Hauptversammlung von ThyssenKrupp in Köln einen Gegenantrag ein. Dem Vorstand von ThyssenKrupp wird beim Bau des größten Eisen- und Stahlwerks in Lateinamerika die Missachtung des Umweltschutzes, arbeitsrechtlicher und arbeits-sicherheitsrechtlicher Bestimmungen und der Rechte der lokalen Bevölkerung vorgeworfen. Außerdem verstoße der Aufsichtsrat gegen seine Pflicht, die Einhaltung wesentlicher Corporate Governance-Richtlinien durch den Vorstand zu überwachen.

Fischer und Umweltgruppen fordern Ersatz und Entschädigung für die Umweltschäden, die Einhaltung der Umweltrichtlinien und der Menschenrechte. Mehrere Klagen sind anhängig. Gefordert wird die Einhaltung der Umweltnormen der EU und Deutschlands auch im brasilianischen Werk. Würden diese Normen eingehalten, dann würden 90 Prozent der Emissionen, die das Werk ab Inbetriebnahme in die Luft pustet, gefiltert. Und das Werk, das widerrechtlich im Mangrovenwald steht, dürfte sich aus einem weiteren Grund dort nicht befinden: Es liegt gleich neben Wohngebieten, in denen mehrere tausend Menschen wohnen. Widerstand und Protest richten sich aber nicht nur gegen dieses Projekt, sondern gegen ein Entwicklungsmodell des ungleichen Maßstabs bei Rechten und Pflichten – zu Lasten der lokalen Bevölkerungen an den Standorten der Werke, zugunsten der Profitmaximierung von transnationalen Konzernen und Eliten. An den bisherigen Standorten von ThyssenKrupp, so Sandra Quintela, stünden genau die Arbeitsplätze auf dem Spiel, die bisher jene fünf Millionen Tonnen Stahl produzierten, die bald aus Brasilien kommen werden.

«Wir glauben, dass es sich hier um die Auseinandersetzung mit einem Modell von Entwicklung und Modernisierung handelt, das an vielen Orten und von vielen Regierungen der Welt als fortschrittlich propagiert wird», sagt auch die RLS-Regionalreferentin Lateinamerika, Karin Gabbert: «Daher ist der Kampf der Fischer gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen nicht reduziert auf die Bucht von Sepetiba oder Brasilien und Deutschland, sondern er ist global und modellhaft.»

**BETTINA HOYER IST FREIE JOURNALISTIN UND CHEFREDAKTEURIN DES PRESSEDIENSTES LATEINAMERIKANISCHER NACHRICHTEN «POONAL»**

**IM FERNSEHEN** Dem Fischer Luis Carlos Oliveira gelang es auf der Aktionärsversammlung von ThyssenKrupp am 21. Januar 2010 zu sprechen. Das Medienecho war groß – der erste Bericht in «Börse im Ersten» vor der ARD-Tagesschau an jenem Tag handelte vom Protest gegen das Stahlwerk. In vielen Zeitungen wurde eine dpa-Meldung abgedruckt, die Süddeutsche Zeitung veröffentlichte ein Porträt. Am 22. Januar organisierte die Bundestagsfraktion DIE LINKE zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Bündnis der UnterstützerInnen eine Veranstaltung in Berlin mit Luis Carlos Oliveira und Karina Kato von PACS aus Brasilien. Am 27. Januar befasste sich der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages mit der Angelegenheit. Weitere Infos unter [FDCL-BERLIN.DE/AKTUELLES/2010](http://FDCL-BERLIN.DE/AKTUELLES/2010).

## «ERFOLG FÜR INDIGENE FRAUEN»

**Diocelinda Iza von Luna Creciente, einem Projektpartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ecuador, leitet seit November 2009 die Bewegung Cotopaxi, eine wichtige Indigena-Organisation in dem südamerikanischen Land.**

**Felicidades, herzlichen Glückwunsch zur Wahl! Was bedeutet die neue Funktion für dich und die Organisation?**

**Iza:** Meine Wahl zur Präsidentin des Leitungsgremiums von Cotopaxi ist ein Erfolg für die indigenen Frauen in Ecuador. Bislang lag die Leitung von Organisationen dieser Größenordnung nur in der Hand von Männern. In meiner neuen Funktion obliegt mir die politische Leitung und Organisation von 32 indigenen Unterorganisationen in der Provinz Cotopaxi.

**Wie lange engagierst du dich bereits in indigenen Organisationen?**

**Iza:** Seit mehr als 20 Jahren arbeite ich aktiv mit am Aufbau von Strukturen der Indiogemeinden und bei deren Vernetzung. Im Jahr 1990 nahm ich an den Indioaufständen teil und wurde als Umstürzlerin verhaftet. Nach den Aufständen wuchsen unsere Organisationen stetig. Die Ziele änderten sich – aus den Einzelforderungen nach einer gerechten Territorialreform und zweisprachigem Schulunterricht ist heute ein politisches Konzept geworden: «Sumak Kawsay», dessen Übersetzung «Gutes Leben» eher missverständlich ist. Im westlichen Kulturkreis wird dieser Begriff als Anhäufung von Kapital und Gütern verstanden. Für unsere indigenen Bewegungen bedeutet es ein umfassendes Lebenskonzept auf der Grundlage von Gegenseitigkeit, Solidarität und Gleichheit.

**Seit einem Jahr unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Bildungsarbeit der Frauenorganisation Luna Creciente, die du mitbegründet hast. Welchen Bezug hast Du zur RLS?**

**Iza:** Wir teilen dieselben politischen Grundgedanken. Dank der Förderung durch die Stiftung konnten wir im vergangenen Jahr unser Angebot an politischen Bildungsveranstaltungen enorm erweitern. Davon profitieren die dem Dachverband Luna Creciente angehörenden 300 Frauenorganisationen, in denen sich diverse Gruppen engagieren: Indigene, Schwarze, Bäuerinnen, Sex-Arbeiterinnen, Migrantinnen, Hausarbeiterinnen, Lesben und Arbeiterinnen aus dem Amazonasgebiet, dem Andenhochland und von der Küste. Es ist wichtig, dass die Frauen sich besser informieren und austauschen, voneinander lernen können. Diesen Prozess wollen wir in 2010 vertiefen.

**INTERVIEW: KIRSTEN FRANGENBERG-GLANER, PROJEKTKOORDINATORIN ANDENRAUM DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**



Diocelinda Iza © RLS



EVELIN WITTICH

# BRIEFE AN ROSA

SEMINAR ÜBER LUXEMBURG AM MST-BILDUNGSZENTRUM IN BRASILIEN

**Um Leben und Werk Rosa Luxemburgs sowie deren Bedeutung für den Kampf der Linken insbesondere in Lateinamerika drehte sich Anfang November 2009 ein Seminar des brasilianischen Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra). Zu der einwöchigen Veranstaltung kamen rund 150 Frauen und Männer in das Bildungszentrum «Escola Nacional Florestan Fernandes» (ENFF) im Landkreis Guararema, knapp zwei Stunden Autofahrt von São Paulo entfernt.**

Die Idee zu diesem Seminar wurde auf den Sozialforen in Porto Alegre geboren. Es richtete sich an 70 TeilnehmerInnen des Kurses «Lateinamerikanische politische Theorie» am ENFF sowie an 40 BildungsarbeiterInnen des MST, 15 Mitglieder weiterer Via Campesina-Bewegungen und 25 Frauen und Männern von RLS-Partnerorganisationen. Neben BrasilianerInnen und Deutschen waren Gäste aus Peru, Nicaragua, Guatemala, Kolumbien, Chile, Argentinien, Haiti und Mocambique dabei.

Zum Einstieg setzte sich der Kommunist Paul Singer, während der NS-Zeit als Jude aus Wien emigriert und gegenwärtig in der Lula-Regierung tätig, mit den Konflikten zwischen der MST und der Regierungspolitik um eine konsequente Landreform auseinander. Der Geschäftsführer des Berliner Dietz-Verlags, Jörn Schüttrumpf, arbeitete die zentralen Auffassungen Luxemburgs im historischen Kontext heraus und stellte sie in Beziehung zu den Erfahrungen der Ostdeutschen mit dem Zusammenbruch der DDR.

Die Präsidentin des RLS-Vereins in Brasilien, Isabel Loureiro, sprach über die Biografie von Rosa Luxemburg. Sie ging auf die internationalen Diskussionen über deren politisches Erbe und vor allem auf die Bedeutung der Aussage «Sozialismus oder Barbarei» für die lateinamerikanische Linke ein. Die zentralen Fragen Freiheit und Demokratie standen im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion. «Was nützt es uns, Demokraten zu sein, wenn unsere Genossen ausgebeutet werden, hungern und sterben», fragte ein Teilnehmer: «Wir brauchen jetzt radikale gesellschaftliche Veränderungen.» Durchgehend Konsens war, dass es gefährlich ist, Sozialismus und Demokratie gegensätzlich zu diskutieren. Die ostdeutschen Erfahrungen aus dem Scheitern des Realsozialismus wurden von den SeminaristInnen ernst genommen. Luxemburgs Auffassungen zu politischer Bildung und ihr Einfluss auf das heutige Herangehen wurden ebenfalls rege debattiert und der Erfahrungsaustausch vor allem zur Verbindung von emanzipatorischer politischer Bildung mit der Selbstbefähigung der TeilnehmerInnen zu radikaler, revolutionärer Realpolitik angeregt.

Die Arbeiten Luxemburgs über die Organisation der werktätigen Klasse auch in Form von Regierungsverantwortung, über Opposition und Demokratieverständnis der Linken lieferten – nach Vorträgen der früheren sächsischen Landtagsabgeordneten Ingrid Mattern und von Pablo Slavin von der argentinischen Universität Mar del Plata – ebenfalls reichlich Stoff für Debatten. Dabei ging es um das Verhältnis von Reform und Revolution, den demokratischen Rechtsstaat, den produktiven Gehalt von Niederlagen, aber auch um den Kampf gegen Korruption und das Sich-Einrichten in den kapitalistischen Verhältnissen. Sehr engagiert geführt wurde die Feminismuskonversation. Mit

großem Interesse debattierten die TeilnehmerInnen über die Lebensauffassung Luxemburgs sowie die Erkenntnisse und Forderungen heutiger Feministinnen.

Methodischer Bestandteil des Seminars waren tägliche Beratungen in sieben Arbeitsgruppen. Dort wurden die Diskussionen über politische und Lebenserfahrungen vertieft. Die Erfahrungswelten der Beteiligten waren bunt, erschütterten, machten aber auch Mut. Statt der üblichen Abschlussberichte schrieben die TeilnehmerInnen Briefe an Rosa mit ihren Erkenntnissen, Fragen und Problemen – eine Idee von Kathrin Buhl, der RLS-Büroleiterin in Brasilien. Verleger Jörn Schüttrumpf war davon sehr berührt und bat um die Briefe für eine mögliche Publikation.

Für die SeminaristInnen ging es am ENFF aber nicht nur ums Lernen. Nach den Unterrichtsstunden übernahmen sie Aufgaben bei der Selbstverwaltung des Bildungszentrums: Dienst in der Küche und im Speisesaal, Reinigung der sanitären Anlagen, Pflege der Gärten und der Anlagen. Zwischen den einzelnen Seminarblöcken wurden Lieder gesungen, Gedichte rezitiert und kämpferische Losungen vorgetragen. An den Abenden folgte Kultur. So wurden eine Rosa-Luxemburg-Ausstellung vorgestellt und der Film von Margarethe von Trotta gezeigt, die Theatergruppe Nucleo 184 aus São Paulo zeigte Szenen aus dem Stück «Rosa Vermelha». Ein weiterer Höhepunkt war die Präsentation von Briefen Rosa Luxemburgs und Stationen ihres Lebens mit Klaviermusik von Ludwig van Beethoven. Die Berliner Schauspielerin Regine Seidler fesselte die ZuschauerInnen mit ihrer Darstellung von Rosa Luxemburg als scharfsinnig, einfühlsam und verletzlich – aber auch widersprüchlich und bis ins Ungerechte unerbittlich. Den Abschluss des Seminars bildeten beeindruckende und berührende Vorträge zur Situation in mehreren Ländern Lateinamerikas und der vertretenen Organisationen. Das ENFF benannte zudem seinen größten Saal in «Rosa Luxemburg Saal» um. Gefeiert wurde mit Feuerwerk, opulentem Grillessen und Tanz.

**EVELIN WITTICH IST DIREKTORIN DER AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

Auch Gäste aus Europa und Afrika kamen nach Guararema © RLS



GABRIELE HENSCHKE/HENDRIK LANGE

# AUFBAU IN ANHALT

STIFTUNG VERSTÄRKT BILDUNGSARBEIT AN DEN UNIVERSITÄTEN

**AkademikerInnen im Blick: Über Veranstaltungen an Hochschulen will die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt mehr WissenschaftlerInnen für linke Bildungsarbeit interessieren. An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg bietet sie über Kooperationspartner bereits zahlreiche Veranstaltungen an. Sie werden von vielen Studierenden und MitarbeiterInnen besucht.**

Auch mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg hat sich seit dem vergangenen Jahr eine gute Zusammenarbeit entwickelt. Dadurch bekam das ebenfalls 2009 ins Leben gerufene Forum Nachhaltigkeit der Landesstiftung jugendlichen Zulauf. Denn Themen wie «Grüne Gentechnik» sprechen etwa StudentInnen des neuen Studiengangs «Biosystemtechnik» an. Die Landesstiftung strebt zudem – über die Zusammenarbeit mit VertrauensdozentInnen – den Aufbau einer Veranstaltungsreihe «Nachhaltigkeit» an der Hochschule Anhalt in Bernburg an. Künftig will sie auch mehr StipendiatInnen in die Arbeit einbeziehen. Sie sollen organisatorisch und inhaltlich das Bildungsprogramm mitgestalten können. Durch die Vergabe von Praktikumsplätzen soll das Interesse junger Menschen an der Bildungsarbeit geweckt werden.

Auch der Jugendbildungsarbeit will die Landesstiftung mehr Beachtung schenken und sich nicht auf die Unterstützung von Einzelaktionen beschränken. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern wie der Hochschulgruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Halle, Solidaridad, dem Humanistischen Regionalverband Halle-Saalkreis und dem Verein Frau und Bildung in Wernigerode hat sich in den vergangenen zwei Jahren entwickelt. Im letzten Jahr konnte die RLS Sachsen-Anhalt auch die Stadtbibliothek Magdeburg als Veranstaltungspartnerin gewinnen.

Im Jahr 1993 zunächst als «ELSA – Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt» gegründet,

erfolgte im Jahr 2007 die Umbenennung in Rosa-Luxemburg Stiftung Sachsen-Anhalt. In der Geschäftsstelle in Magdeburg ist seit dem gleichen Jahr das RLS-Regionalbüro Sachsen-Anhalt untergebracht. Eine weitere kleinere Geschäftsstelle befindet sich in Halle/Saale. Neben bewährten Themen wie Gesundheits- und Sozialpolitik hat sich das Regionalbüro die Schwerpunkte Nachhaltigkeit, Forschung und Bildung gesetzt. Mit Veranstaltungsreihen wie «Mittwochskino», Buchlesungen sowie Foren zu Nachhaltigkeit und Forschung konnte die Stiftung den Interessentenkreis erheblich erweitern. Regelmäßig tätig ist der Videoarbeitskreis, der die Magdeburger Stadtgeschichte jedes Jahr auf DVD dokumentiert und vorführt. Große Fortschritte hat der Bereich Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Die Internetseite informiert über Veranstaltungsprogramme und aktuelle Angebote. Sehr gute Kontakte haben sich zu lokalen und überregionalen sowie jugendlich ausgerichteten Veranstaltungsmagazinen entwickelt. An einer besseren Zusammenarbeit mit den örtlichen Zeitungen und linken Blättern wird gearbeitet. Ehrenamtliche Mitglieder hat die Landesstiftung nur relativ wenige. Von den 50 zahlenden Sympathisanten wirkt nur eine Hand voll aktiv an der praktischen Umsetzung der politischen Bildungsarbeit mit. Wichtig ist der Stiftung daher, dass die Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Mitgliedern unabhängig von der Altersstufe intensiver wird. Das künftige Augenmerk richtet sich zudem auf die landesweite Verteilung der Partner, um der Konzentration der Angebote auf die Ballungsgebiete Magdeburg und Halle/Saale entgegen zu wirken. Auch ein schärferes inhaltliches Profil wird angestrebt. Erste Schritte zu einer kontinuierlichen Netzwerkarbeit sind mit Vereinen und Einzelkämpfern in den Landkreisen getan.

**GABRIELE HENSCHKE LEITET DAS REGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG STIFTUNG IN MAGDEBURG. HENDRIK LANGE IST VORSITZENDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN-ANHALT**

# MEHR ALS EIN DUTZEND NEUAUFNAHMEN

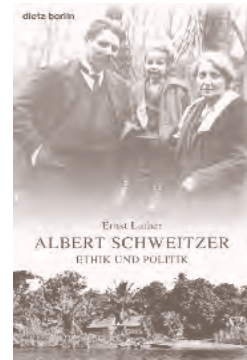
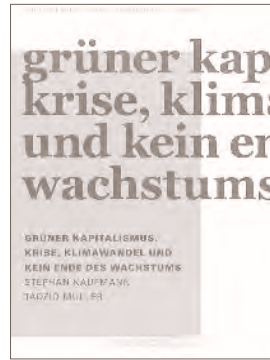
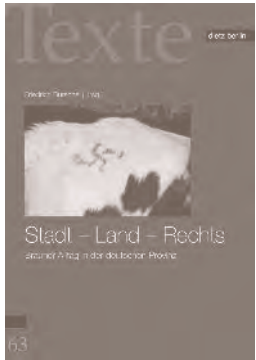
MITGLIEDERVERSAMMLUNG WÄHLT WENKE CHRISTOPH IN DEN VORSTAND

Seit Dezember hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung 14 neue Mitglieder. Zu ihnen zählen die Gewerkschafterinnen Margret Möhning-Raane und Sybille Stamm, die BundespolitikerInnen Katja Kipping, Sabine Leidig, Cornelia Möhring und Kathrin Senger-Schäfer, Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov, Berlins LINKE-Landeschef Klaus Lederer sowie der thüringische Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow. Von der Mitgliederversammlung ebenfalls aufgenommen wurden Antonia Kühn, Christiane Schneider, Susanne Spindler, Fanny Zeise und Steffen Hultsch. Das höchste Vereinsorgan wählte zudem Wenke Christoph mit großer Mehrheit in den Vorstand. Die frühere Bundessprecherin des sozialistischen Jugendverbands Solid nimmt einen bislang frei gebliebenen Platz in dem Gremium ein, dem nun insgesamt 13 Frauen und Männer angehören. Mit 28 Jahren ist Christoph zugleich das jüngste Vorstandsmitglied. Als Schwerpunkte ihrer künftigen Arbeit nannte die diplomierte Geografin den Ausbau der Jugendbildung sowie stadt-

und raumpolitische Fragen. Christoph koordiniert bei der Hellen Panke RLS Berlin den Arbeitskreis «Linke Metropolenpolitik». Zudem gehört sie dem Vorstand des Bildungswerks für Politik und Kultur an. Die Mitglieder votierten mit großer Mehrheit für eine Geschlechterquotierung bei der Aufnahme von Neumitgliedern. Ab diesem Jahr müssen mindestens genau so viele Frauen wie Männer neu aufgenommen werden – mit zehn Frauen und vier Männern wurde die Quote 2009 bereits erreicht. Nach lebhafter Debatte beschlossen die 47 anwesenden Mitglieder auch eine Satzungsänderung, die eine pauschale Vergütung von Vorstandsmitgliedern zulässt. Zu Beginn hatten die Versammelten des Bremer Wissenschaftlers Jörg Huffschild gedacht. Das Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats war am 5. Dezember 2009 im Alter von 69 Jahren einer schweren Krankheit erlegen. Vize-Vorstandsvorsitzender Thomas Händel würdigte die Verdienste des Ökonomen beim Auf- und Ausbau der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



## NEUERSCHEINUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



© Dietz Berlin (4), RLS (1)

**TEXTE 63**

Friedrich Burschel (Hrsg.)

**STADT - LAND - RECHTS. BRAUNER ALLTAG IN DER DEUTSCHEN PROVINZ****192 S., 14,90 EURO, ISBN 978-3-320-02201-3, KARL DIETZ VERLAG BERLIN**

Seit einigen Jahren stellt sich die Frage, ob man von einer qualitativ neuen Entwicklung des Neonazismus sprechen muss. Es geht um die Einordnung des modernen Neofaschismus als politische Bewegung. Im ländlichen Bereich vollzog sich die Metamorphose von randständigen Gruppierungen ohne politische und kulturelle Wirkung hin zu einer Etablierung und Integration im Alltagsleben. Neonazis haben soziale Netzwerke aufgebaut, die alle Bereiche des Lebens umfassen, sie engagieren sich im örtlichen Vereinsleben, übernehmen Ehrenämter, wirken an öffentlichen Veranstaltungen und in Bürgerinitiativen und an kommunalen Projekten mit, organisieren Kinder- und Jugendarbeit, bringen sich in Elternbeirat und Kindergartenvorstand ein und tragen zum kulturellen Leben bei, leisten gemeinnützige Arbeit und geben den engagierten, guten Bürger. Diese Unterwanderungsstrategie zeigt Früchte, mittlerweile 250 bis 300 kommunale rechtsextreme Abgeordnete sitzen in Gemeinde- und Stadträten bzw. Kreistagen. ■ Herausgeber **Friedrich Burschel** ist Referent für Rechtsextremismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**TEXTE 65**

Ursula Schröter, Renate Ullrich, Rainer Ferchland

**PATRIARCHAT IN DER DDR****192 S., 14,90 EURO, ISBN 978-2-320-02210-5, KARL DIETZ VERLAG BERLIN**

Der patriarchale Charakter des DDR-Staates ist bis heute sehr wohl umstritten. Und das, obwohl auch in der DDR Frauenarbeit geringer gewertet, letztlich geringer bezahlt wurde als Männerarbeit. Auch in der DDR waren Frauen materiell ärmer als Männer. Auch in der DDR waren die höchsten Leitungsfunktionen von Männern besetzt. Auf ihren im Jahr 2005 erschienenen Forschungsbericht unter dem Titel »Patriarchat im Sozialismus?« (Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR, Texte 24, 170 Seiten, ISBN 978-3-320-02900-5, 14,90 Euro) erhielten Ursula Schröter und Renate Ullrich sehr unterschiedliche Reaktionen. So hörten sie zum einen die erstaunte, nicht selten auch unwillige Frage, überwiegend von Leserinnen, warum der Titel mit einem Fragezeichen versehen sei. Der patriarchale Charakter des DDR-Staates sei durch die vorgelegte Analyse schließlich bestätigt. Der Band führt die erste Untersuchung fort und analysiert offizielle Dokumente, DEFA-Dokumentarfilme und soziologische Befragungen. ■ **Ursula Schröter**, Dr. phil., Jg. 1941,

ist Mathematikerin und Soziologin sowie stellvertretende Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes (dfb) e. V. **Renate Ullrich**, Dr. sc. phil., Jg. 1938, ist Theaterwissenschaftlerin. **Rainer Ferchland**, Jg. 1937, ist Soziologe und veröffentlicht vor allem zur Sozialberichterstattung sowie zur sozialräumlichen Struktur Berlins.

**REIHE EINUNDZWANZIG, BAND 2**

Stephan Kaufmann, Tadzio Müller

**GRÜNER KAPITALISMUS. KRISE, KLIMAWANDEL UND KEIN ENDE DES WACHSTUMS****MIT EINEM BEITRAG VON VICTOR WALLIS ZUR AGENDA DES GRÜNEN KAPITALISMUS IN DEN USA****272 S., 19,90 EURO, ISBN 978-3-320-02211-2, KARL DIETZ VERLAG BERLIN**

Gegenwärtig scheint nur ein Projekt kapitalistischer Krisenbewältigung langfristig hegemoniefähig zu sein, das die dafür nötigen Ressourcen, Akkumulationsdynamiken und Konsenspotenziale hervorbringen könnte: ein Green New Deal, eine Periode eines grünen Kapitalismus. Es gilt, von links Positionen zu entwickeln, die auf die Widersprüche eines solchen Herrschaftsprojekts verweisen und interventionsfähig sind. Zugleich sollte eine radikale Realpolitik auf eine sozialistische, sozialökologische Transformation ausgerichtet werden. Noch sind wir in einer relativ offenen geschichtlichen Situation. Die Auseinandersetzung über die Wege nach der Krise ist noch nicht entschieden. Die vorliegende empirische Studie untersucht die materielle Realität bisheriger Politiken ökologischer Modernisierung. Sie zeigt die strategischen Konzepte der unterschiedlichen Kräfte eines grünen Kapitalismus und entwickelt eine Kritik des kapitalistischen Green New Deal. Es werden Perspektiven der Klimagerechtigkeit und der solidarischen Transformation bis hin zu einer möglicherweise notwendigen »Schrumpfungsökonomie« diskutiert. ■ **Stephan Kaufmann** studierte in Berlin und Paris Wirtschaftswissenschaften. Er ist Wirtschaftsredakteur der »Berliner Zeitung«. Jüngste Veröffentlichung: »Investoren als Invasoren. Staatsfonds und die neue Konkurrenz um die Macht auf dem Weltmarkt«, Texte 51 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2008. **Tadzio Müller**, promovierter Politologe, ist aktiv in der Bewegung für Klimagerechtigkeit, bei Gegenstromberlin und im internationalen Netzwerk Climate Justice Action. Er war Pressesprecher des Klimacamps in Hamburg 2008 und bei der Mobilisierung zum Klimagipfel in Kopenhagen. **Victor Wallis** ist Professor am Berklee College of Music in Boston/USA, Herausgeber der Zeitschrift Socialism & Democracy (www.sdonline.org), Mitinitiator des ersten US-Sozialforums und Autor zahlreicher Publikationen zum Thema ökologische Krise und Öko-Sozialismus.

**MANUSKRIPTE 86**

Judith Dellheim, Günter Krause (Hrsg.)

**«SICHTBARE HÄNDE» - STAATSINTERVENTIONISMUS IM KRISENKAPITALISMUS****250 S., 14,90 EURO, ISBN 978-3-320-02226-6, KARL DIETZ VERLAG BERLIN**

Es scheint unübersehbar: Die jüngsten Entwicklungen in Ökonomie und Politik des globalen Krisenkapitalismus sind mit einer widersprüchlichen Aufwertung des Staates verbunden – und haben damit neue ernsthafte politische wie wissenschaftliche Debatten über »The State of the State), über das Verhältnis von Staat und Markt bzw. »sichtbarer Hand« des Staates und »unsichtbarer Hand« des Marktes, über pro und contra von »Markt«- bzw. »Staatsgläubigkeit«, über »Marktradikalismus« versus »Staatsintervention«, »Marktversagen« oder »Staatsversagen« sowie über die »Rückkehr des Staates« provoziert. Wirtschaftswissenschaftler/innen und -politiker/innen des emanzipativen Spektrums sind gefordert, daran mitzuwirken, dass die Richtung sowie die Art und Weise gesellschaftlicher und damit wirtschaftlicher Entwicklung verändert werden. Dafür sollte auch der internationale Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Die »sichtbare Hand« – vor uns ein neuer Staatsinterventionismus? Wer beherrscht die Zukunft? Hintergründe, Inhalte und Fragen einer aktuellen Debatte« Unterstützung geben. Diese dritte Veranstaltung der im Jahre 2006 begonnenen Reihe »Ist eine andere Wirtschaft möglich? Konzepte alternativer Ökonomie« fand vom 21. bis 23. November 2008 in Berlin statt. Mit dem hier vorgelegten Band werden nun zum einen auf dem Workshop gehaltene und für die Druckfassung erweiterte Beiträge präsentiert. Dazu gehört auch der im Exkurs aufgeführte Aufsatz »Zur Niederlage der sozialdemokratischen Alternative« eines Zeitzeugen. Zum anderen enthält er Beiträge einer Reihe von Autorinnen und Autoren, die speziell eingeladen wurden, zur Thematik dieser Publikation Aufsätze zu verfassen. ■ **Judith Dellheim** und **Günter Krause** sind Mitglieder des Rates für radikale Realpolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**LUXEMBURG - GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS**  
hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung**HEFT 2/2009: «UMKÄMPFTE DEMOKRATIE»****MIT EINEM BEITRAG VON VICTOR WALLIS ZUR AGENDA DES GRÜNEN KAPITALISMUS IN DEN USA****160 S., 10 EURO, (JAHRESABO 30 EURO/20 EURO ERM.), ISBN 978-3-89965-851-4, VSA VERLAG HAMBURG**

Zehn Jahre liegen die Proteste gegen die Konferenz der Welthandelsorganisation WTO in Seattle zurück. Was haben die sozialen Bewegungen seitdem erreichen können und was nicht? Ist es um sie wirklich so schlecht bestellt, dass ihnen lediglich ein klösterlicher Rückzug zur Entwicklung neuer Strategien bleibt, wie es Franco »Bifo« Berardi provokant nahelegt? Was sind die Alternativen? Im Debattenteil der neuen Ausgabe werden diese Fragen mit Blick auf den Klimagipfel in Kopenhagen kontrovers thematisiert. Franco »Bifo« Berardi, Ulrich Brand, Nicola Bul-lard, Ian Greer, Tadzio Müller, Ben Trott, Patrick Bond und Thomas Seibert ziehen Bilanz und diskutieren Konsequenzen und neue Herausforderungen der globalen sozialen Bewegungen. Weitere Beiträge in dieser Ausgabe von: Ingar Solty, Frank Deppe, Eva Kreisky, Hilary Wainwright, Tanja Ernst und Isabella Radhuber, Ama Biney, Barbara Epstein und Friederike Kuster, Bernd Hüttner, Falk Richter, Katja Kipping, Horst Kahrs, Alexander Gallas, João Pedro Stédile, Daniel Kreutz und Christoph Jünke. Mehr Informationen unter [WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE](http://WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE).

**AUS DEM KARL DIETZ VERLAG BERLIN**

Ernst Luther

**ALBERT SCHWEITZER. ETHIK UND POLITIK**  
**272 S., HARDCOVER, 19,90 EURO, ISBN 978-3-320-02215-0, KARL DIETZ VERLAG BERLIN**

Seit fast 100 Jahren steht der Name Albert Schweitzer für aktives humanitäres Engagement. Dank seiner Philosophie der »Ehrfurcht vor dem Leben«, die er gemeinsam mit seiner Frau Helene Bresslau im Urwaldhospital in Lambarene verwirklichte, gehört er zu den am meisten bewunderten Menschen der Welt. Mit dreißig Jahren ein geachteter Theologe und gefeierter Interpret der Orgelwerke Johann Sebastian Bachs entschloss er sich, noch ein Medizinstudium zu absolvieren, um den Ärmsten der Armen zu helfen. Ernst Luther nähert sich diesem Humanisten mit philosophischkritischen Betrachtungen, ordnet dessen Leben und Werk in die Umbrüche seiner Zeit ein und resümiert, was bewahrt werden soll von Schweitzers Gedankengut. ■ **Ernst Luther** ist Herausgeber und Mitautor zahlreicher Arbeiten zur Ethik in der Medizin, Mitglied im Albert-Schweitzer-Komitee e. V. Weimar, im Deutschen Hilfsverein für das Albert-Schweitzer-Spital Lambarene (Frankfurt a. M.) in der Internationalen Albert-Schweitzer-Vereinigung. Von 2000 bis 2002 war er Mitglied der Enquete-Kommission »Recht und Ethik in der Medizin« des Deutschen Bundestages.

**REIHE GESCHICHTE DES KOMMUNISMUS UND LINKSSOZIALISMUS**

Klaus Kinner (Hrsg.)

**DIE LINKE - ERBE UND TRADITION****TEIL 1: KOMMUNISTISCHE UND SOZIALDEMOKRATISCHE WURZELN**  
**BD. XI DER REIHE, 320 S., 24,90 EURO, ISBN 978-3-320-02212-9****TEIL 2: WURZELN DES LINKSSOZIALISMUS**  
**BD. XII DER REIHE, 320 S., 24,90 EURO, ISBN 978-3-320-02213-6****KARL DIETZ VERLAG BERLIN**

Aus dem Vorwort von Lothar Bisky: »Es ist an der Zeit, das historische Selbstverständnis der Partei DIE LINKE zu hinterfragen. Entstanden aus dem Zusammenschluß von PDS und WASG, wurzelt DIE LINKE in verschiedenen Traditionszusammenhängen und steht in einem reichen und fruchtbaren wie auch mit Schuld und Tragik belasteten Erbe. Dieses Erbe zu benennen und seinen zu tradierenden Teil herauszuarbeiten, ist für die Findung der Identität der Linkspartei unerlässlich. Das erfordert die bedingungslose Abgrenzung vom Stalinismus als System und die Kennzeichnung seiner Erscheinungsformen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In der immer noch im Prozeß der Selbstfindung befindlichen neuen Partei treffen verschiedene Traditionslinien aufeinander, die wohl gemeinsame Wurzeln haben, aber besonders seit 1945 zunehmend eigene Wege markieren. Die vielfältigen kommunistischen, trotzkistischen, linkssozialistischen und linkssozialdemokratischen Strömungen und Parteien in Westdeutschland sind ins Verhältnis zu setzen zu den Reformbewegungen innerhalb und außerhalb der SED im Osten Deutschlands.« Die vorliegenden Bände sind Ergebnis längerfristiger Bemühungen der parteinahen Stiftungen, insbesondere der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, der »Hellen Panke« – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. ■ **Klaus Kinner** ist Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und Herausgeber der Reihe »Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus«.